

Ressourcen
im Risiko:dialog





RESSOURCEN IM RISIKO:DIALOG

Risiko Energiegesellschaft

Silvia Benda-Kahri
Christine Schatz
Josef Hochgerner



Risiko:dialog

Eine Initiative von Radio Österreich 1 und Umweltbundesamt

REPORT
REP-0240

Wien, 2009

Projektleitung

Silvia Benda-Kahri, Umweltbundesamt

AutorInnen

Silvia Benda-Kahri, Umweltbundesamt

Christine Schatz, Umweltbundesamt

Josef Hochgerner, Zentrum für soziale Innovation

Übersetzung

Brigitte Read, Umweltbundesamt

Lektorat

Maria Deweis, Umweltbundesamt

Satz/Layout

Ute Kutschera, Umweltbundesamt

Umschlagbild

© Umweltbundesamt/Ronnie Zeiller, Krischanz.Zeiller

Dank an Markus Piringer und Gabriele Pekny, ÖKOBÜRO, an Josef Hochgerner und Katharina Handler, Zentrum für soziale Innovation, an Mark Hammer, Wissenschaftsjournalist und an Reinhard Tötschinger von tötschinger+partner.

Weitere Informationen zu Umweltbundesamt-Publikationen unter: <http://www.umweltbundesamt.at/>



Impressum

Medieninhaber und Herausgeber: Umweltbundesamt GmbH
Spittelauer Lände 5, 1090 Wien/Österreich

Druck: gugler cross media, 3390 Melk

Gedruckt auf CO₂-neutralem 100 % Recyclingpapier.

© Umweltbundesamt GmbH, Wien, 2009

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-99004-040-9

VORWORT

Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen: Wirtschaftskrise, Klimawandel, Ressourcenknappheit, neue Technologien und demografische Entwicklungen sind nur einige der Themen, denen wir uns stellen müssen. Tragfähige Konzepte sind gefragt, um unsere Zukunft nachhaltig zu gestalten. Dabei ist die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gefordert.

Die Politik stößt bei komplexen Fragestellungen in sensiblen Themenbereichen an ihre Grenzen. Beteiligung wird deklamiert, diskutiert wird in ExpertInnenrunden, selten jedoch unter Einbeziehung von BürgerInnen. Notwendige, vermeintlich oder tatsächlich unpopuläre Maßnahmen werden mitunter vertagt. Und die Zivilgesellschaft übt stillen Protest. Die Wahlbeteiligung sinkt EU-weit kontinuierlich und lässt eine gewisse Resignation erahnen. In einem Weißbuch aus dem Jahr 2006 empfiehlt die EU-Kommission daher, demokratische Entscheidungsstrukturen in der EU zu verändern und fordert in diesem Zusammenhang die Stärkung der Position von BürgerInnen. Dieser Ruf nach mehr Demokratie, Transparenz, Partizipation und Information findet seinen Ausdruck in sogenannten BürgerInnenkonferenzen, die seit 2005 auf EU-Ebene zu verschiedenen Themen durchgeführt werden – eine davon zum Thema „wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas“ im März 2009 in Österreich

Auch die Initiative Risiko:dialog von Umweltbundesamt und Ö1 hat dieses Format im März 2009 genutzt, um die Meinung von BürgerInnen und Bürgern zum Thema „Risiko Energiegesellschaft“ zu erfragen und unterschiedliche Positionen zu diskutieren. Auf Basis umfassender und neutraler Informationen wurden im Rahmen der BürgerInnenkonferenz an zwei Wochenenden aus interessierten Laien MeinungsträgerInnen. Das Resultat dieses Prozesses ist ein Energie-Kommuniqué mit Empfehlungen an Politik, Wirtschaft und die Bevölkerung. In dem sie ihre Ergebnisse an diese unterschiedlichen Zielgruppen wendet, unterscheidet sich die BürgerInnenkonferenz der Initiative Risiko:dialog von vielen anderen, die sich generell an die Politik oder die EU wenden. Aus den Empfehlungen wird deutlich, dass die BürgerInnen ihren Teil der Verantwortung erkennen und bereit sind, Lebensstil, Konsumverhalten und Kaufentscheidungen zu ändern. Dafür wünschen sie sich von Politik und Wirtschaft Unterstützung und verstärkte Information, aber vor allem Mut sowie weitsichtiges und vorbildliches Vorgehen. Diese Empfehlungen der BürgerInnen haben wir vielen EntscheidungsträgerInnen vorgestellt und mit ihnen diskutiert. Aus diesen Treffen ist abzulesen, dass sich in Zukunft noch spannende weiterführende Diskussionen zum Thema und darüber hinaus ergeben, die neue Handlungsspielräume für alle Beteiligten eröffnen.

Mein Dank gilt den TeilnehmerInnen der BürgerInnenkonferenz und deren zeitlichem und inhaltlichem Einsatz, den ExpertInnen, die für die BürgerInnenkonferenz zur Verfügung standen, den Partnern und den am Dialogprozess beteiligten Ländern Vorarlberg, Niederösterreich und Salzburg sowie den MitarbeiterInnen der Initiative Risiko:dialog, allen Beteiligten im Umweltbundesamt und dem Initiativenpartner Radio Österreich 1, alle haben mit großem persönlichem Engagement zum Gelingen der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“ beigetragen.

Karl Kienzl, stv. Geschäftsführer Umweltbundesamt

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG	7
SUMMARY.....	9
1 EINLEITUNG.....	11
2 AUSGANGSSITUATION	12
2.1 Inhaltliche Ausgangssituation.....	12
2.2 Methodische Ausgangssituation.....	13
3 KONZEPTION.....	19
4 FOKUSGRUPPEN.....	21
4.1 Themenfokussierung.....	21
4.2 Fokusgruppe BürgerInnen	21
4.3 Fokusgruppe Salzburg	22
4.4 Fokusgruppe Vorarlberg	22
4.5 Fokusgruppe Niederösterreich.....	23
4.6 Gesamtergebnis Fokusgruppen.....	24
5 SCIENCE EVENT	25
6 NEUE PERSPEKTIVEN: BÜRGERINNENKONFERENZ	26
6.1 Planungs- und Begleitgruppe.....	26
6.2 Ablauf der BürgerInnenkonferenz.....	26
6.3 Ergebnisse und Schlussfolgerungen	28
7 DISKUSSION DER ERGEBNISSE MIT UNTERSCHIEDLICHEN STAKEHOLDERN	29
8 MEDIENBEGLEITUNG UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT.....	31
9 AUSBLICK.....	33
10 LITERATURVERZEICHNIS.....	34
11 ANHANG.....	35
ANHANG 1.....	37
ANHANG 2.....	41
ANHANG 3.....	45
ANHANG 4.....	63
ANHANG 5.....	65

ZUSAMMENFASSUNG

Die Zukunft der Energieversorgung ist eine der Schlüsselfragen dieses Jahrhunderts. Wie wird der steigende Bedarf von Energie befriedigt werden können? Was wird die nachhaltige Basis unserer Energieversorgung sein? Wie erreicht eine Gesellschaft eine Trendwende hin zu Energie effizientem Verhalten ohne Verlust von Lebensqualität?

Risiko Energiegesellschaft

Fragen wie diese standen am Beginn des Dialogschwerpunkts Energie, der im Rahmen der Initiative Risiko:dialog stattfand und weiter bearbeitet wird. Neben den bisherigen Themen Klimawandel, demographischer Wandel und Nanotechnologie widmet sich der Risiko:dialog von Jänner 2008 bis dato dem Thema Ressourcen. Der erste diesbezügliche Dialogschwerpunkt steht im Zeichen der Energie unter dem Motto „Risiko Energiegesellschaft“.

Ausgehend davon, dass die Diskussion zu den Themen Energieaufbringung, -bereitstellung und -verbrauch fast nur auf der Ebene der ExpertInnen aus Wissenschaft und Technik stattfindet, stellte das Team der Initiative Risiko:dialog die Meinung der BürgerInnen für diesen Dialogschwerpunkt in den Mittelpunkt und konzentrierte die Aktivitäten auf partizipativ ausgerichtete Dialogveranstaltungen.

Fokusgruppen

Zunächst wurden mit unterschiedlichen Interessensgruppen und in Fokusgruppen in mehreren Bundesländern Inhalte zum Thema Risiko-Energiegesellschaft gesammelt. Nach einer Inhaltsanalyse wurden die Beiträge zu Paketen der vordringlichsten Themen zusammengefasst und mit zusätzlich recherchierten Inhalten für die TeilnehmerInnen der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“ aufbereitet. Für diese wurden 35 BürgerInnen ausgewählt, die in Bezug auf Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Berufsspektrum und Erwerbsstatus einen repräsentativen Querschnitt der österreichischen Bevölkerung darstellten.

BürgerInnenkonferenz

In einem viertägigen gemeinsamen Lern-, Diskussions- und Abstimmungsprozess erarbeiteten die BürgerInnen das Energie-Kommuniqué, das 45 Empfehlungen an die/den Einzelne/n, Wirtschaft und Politik zum Umgang mit Energie enthält. Aus den Empfehlungen der BürgerInnenkonferenz wird deutlich, dass die BürgerInnen ihren Teil der Verantwortung erkennen und bereit sind Lebensstil, Konsumverhalten und Kaufentscheidungen zu ändern. Dafür wünschen sie sich von der Politik und Wirtschaft Unterstützung und empfehlen verstärkte Informationsarbeit, und vor allem Mut und weitsichtiges planerisches und vorbildliches Vorgehen.

Ressourcen im Risiko:dialog – Zusammenfassung

Ausgewählte Empfehlungen des Energie-Kommuniqués sind:

- Mehr Information zu Klimaverträglichkeit und Kostenwahrheit von Produkten, Bildungsarbeit von Medien und Schulen zu Energie- und Klimathemen
- Reduzierung des Energieverbrauchs durch bewussten Einkauf und Konsum
- Schwerpunktsetzung auf erneuerbare Energien, öffentlichen Verkehr und ökologische Produkte
- Mehr Beratungen, um Handlungsoptionen zu erkennen

Das Abschlussdokument wurde in Folge unterschiedlichen EntscheidungsträgerInnen präsentiert und damit wieder in eine allgemeine Diskussion zurückgespielt.

Der Risiko:dialog von Radio Österreich 1 und Umweltbundesamt ist eine wachsende Risikocommunity, die zur Meinungsbildung in spannenden gesellschaftlichen Prozessen beiträgt. Das passiert im Netzwerk. Mit AkteurlInnen und Beteiligten werden Dialoge gestaltet, die gekennzeichnet sind von Vielfalt und Offenheit, um gemeinsam Handlungsspielräume für einen vorsorgenden Umgang mit Risiken zu erkennen. Unterstützt wird die Initiative Risiko:dialog von folgenden Partnerinstitutionen: Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft, Universität für Bodenkultur Wien und dem Sponsor Verbund-Austrian Power Grid AG.

SUMMARY

The future of our energy supply is one of the key questions of this century. How will it be possible to meet the growing demand for energy? What will be a sustainable basis for energy supply? How can society achieve a trend reversal by adopting an energy-efficient behaviour without risking a reduced quality of life?

The energy community: a risk

Questions such as these were at the beginning of a dialogue which focused on energy - under the "risk dialogue" initiative - and which is still further pursued. Apart from the topics discussed up to now – climate change, demographic change and nanotechnology – the risk dialogue (*Risiko:dialog*) from January 2008 up to now has been concerned with the topic "resources". The first relevant focus here has been on energy - under the slogan "the energy community: a risk".

After discussions of topics such as energy production, provision and consumption, pursued almost exclusively among experts from science and technology, the "risk dialogue" initiative team now centred on the opinion of citizens and organised dialogue events with a participatory focus.

Focus groups

At first, thematic issues relating to the topic "the energy community: a risk" were collected with various stakeholders and focus groups in several federal provinces. After an analysis of these issues, the contributions were summarised in packages with topics of the highest priority and, with further researched aspects, prepared for the participants at a citizens' conference with the title "the energy community: a risk". The 35 citizens selected for this conference provided a representative cross-section of the Austrian population in terms of age, sex, level of education, profession and income.

The citizens' conference

In a joint four-day process of learning, discussion and coordination the citizens prepared an energy communiqué containing 45 recommendations for individuals, the economy and policy makers on how to handle the issue of energy.

From the recommendations of the citizens' conference one can see that the citizens recognise their share of responsibility and are prepared to change their lifestyle, consumer behaviour and purchase choices. In turn, they want support from policy makers and the economy. What they propose is an improvement of information services and, above all, the necessary courage for far-sighted planning and exemplary courses of action.

Ressourcen im Risiko:dialog – Summary

Here is a selection of the recommendations from the energy communiqué:

- More information on the climate compatibility and cost transparency of products, educational work in the media and schools on energy and climate topics
- Reducing energy consumption through deliberate purchase and consumer choices
- Focusing on renewable energies, public transport and ecological products
- More advice so that courses of action can be identified

The closing communiqué was then presented to a number of different decision-makers and consequently fed back into a general discussion process.

The risk dialogue (*Risiko:dialog*) initiative of the Radio 1 Austrian broadcasting station (Ö1) and Umweltbundesamt stands for risk culture. Dialogues are arranged with the relevant players and parties concerned. They are characterised by diversity and openness, which helps to identify options for handling risks in a precautionary way. Support for this initiative comes from the following partner institutions: Federal Ministry for Transport, Innovation and Technology, Federal Ministry of Economy, Family and Youth, Federal Ministry of Science and Research, Federal Ministry of Agriculture, Forestry, Environment and Water Management, Austrian Research Promotion Agency, Vienna University of Natural Resources and Applied Life Sciences and the sponsor Verbund-Austrian Power Grid AG.

1 EINLEITUNG

Der Risiko:dialog von Radio Österreich 1 und Umweltbundesamt ist eine wachsende Risikocommunity, die zur Meinungsbildung in spannenden gesellschaftlichen Prozessen beiträgt. Das passiert im Netzwerk. Gemeinsam mit AkteurInnen und Betroffenen werden Dialoge gestaltet, die sich durch Offenheit, Vielfalt und Wertschätzung auszeichnen. Dadurch werden Handlungsspielräume für einen vorsorgenden Umgang mit Risiken erkannt und weiterentwickelt.

**lebendige
Risikokultur**

Neben den bisherigen Themen Klimawandel, demographischer Wandel und Nanotechnologie widmet sich der im Folgenden beschriebene Dialog dem Thema Ressourcen. Im Zentrum des ersten Dialogschwerpunkts steht die Ressource Energie.

Ressource Energie

Im Jänner 2008 setzte das Team der Initiative Risiko:dialog von Radio Österreich 1 und dem Umweltbundesamt erste Schritte zur Auseinandersetzung mit dem Thema Energie. Zu diesem Zeitpunkt wurde die allgemeine Diskussion zum Thema vor allem von ExpertInnen aus den Bereichen Technik und Naturwissenschaften geführt; inhaltlich standen die Energieaufbringung sowie damit verbundene technische Herausforderungen im Vordergrund.

Die Frage nach einer Perspektive in der aktuellen Diskussion, die noch nicht abgebildet wurde, gleichzeitig aber eine Bereicherung für diese darstellt, konnte – nach einer intensiven Auseinandersetzung – beantwortet werden: Da jede/r Einzelne von der Energiefrage unmittelbar betroffen ist, sollte die Meinung von BürgerInnen und Bürgern zu diesem Thema eingeholt werden. Damit kann einerseits überprüft werden, ob die derzeitigen politischen Diskussionen in eine akzeptierte Richtung gehen und andererseits können neue Lösungszugänge zu den Herausforderungen einer Energiegesellschaft erkannt werden.

**Sichtweise der
BürgerInnen**

Um diese Erwartungen an ein Dialogformat erfüllen zu können, bedarf es einer tiefgehenden und differenzierten Auseinandersetzung, da das Thema sehr komplex und der Wissensstand bei den BürgerInnen und Bürgern sehr unterschiedlich ist. Daher wurde die Methode BürgerInnenkonferenz gewählt, die sowohl eine Methode der Beteiligung der BürgerInnen als auch eine Methode der qualitativen Meinungsbildung darstellt.

**BürgerInnen-
konferenz**

Der Titel des Prozesses „Risiko Energiegesellschaft“ zeigt den gesellschaftspolitischen Ansatz und bringt gleichzeitig zum Ausdruck, dass das Thema die gesamte Gesellschaft betrifft.

**Prozess „Risiko
Energiegesellschaft“**

Im Folgenden werden der gesamte Prozess beschrieben und die bisherigen Ergebnisse zur Diskussion gestellt. Darüber hinaus bildet ein Exkurs zu Anspruch und Wirksamkeit von BürgerInnenkonferenzen von Josef Hochgerner die sozialwissenschaftliche Perspektive auf die Methode ab. Im Ausblick werden die weiteren geplanten Schritte vorgestellt.

Der Bericht richtet sich an alle am Prozess Beteiligten sowie an jene, die sich für das Thema und die Methode interessieren. Eine detaillierte Dokumentation der BürgerInnenkonferenz sowie ein gesonderter Bericht der sozialwissenschaftlichen Begleitstudie zur BürgerInnenkonferenz runden die Darstellung des Prozesses ab.

2 AUSGANGSSITUATION

2.1 Inhaltliche Ausgangssituation

Risiko Energiegesellschaft	Noch nie zuvor hat eine Gesellschaft so viel Energie verbraucht wie heute. In den vergangenen Jahrzehnten waren die Entwicklungen in Österreich und auch in vielen anderen europäischen Ländern gekennzeichnet vom Wohlstand und der Entwicklung unterschiedlicher Lebensstile und der damit verbundenen Nachfrage nach und Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Energie ist notwendige Voraussetzung für fast alles, was in einer modernen Gesellschaft bedeutsam ist – z. B. Arbeit, Konsum, Industrie, Freizeitaktivitäten und Mobilität. Wir leben in einer Energiegesellschaft.
Energieverbrauch	In Österreich ist der Energieverbrauch in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich angestiegen. Nach Angaben von STATISTIK AUSTRIA (2008) hat der Bruttoinlandsverbrauch von 1970 bis 2006 um 80 % zugenommen. Der 8. Umweltkontrollbericht (UMWELTBUNDESAMT 2007) zeigt, dass in allen Sektoren (private Haushalte, produzierender Bereich, Verkehr, Sonstige) ein Anstieg des Energieverbrauchs zu verzeichnen ist. Den größten Zuwachs seit 2002 gab es im Sektor Verkehr, der im Jahr 2005 31 % des gesamten energetischen Endverbrauchs ausgemacht hat. Auch der produzierende Bereich mit 29 % und die privaten Haushalte mit rund einem Viertel des energetischen Endverbrauchs weisen bedeutende Anteile am Energieverbrauch auf.
Versorgungssicherheit & Klimaschutz	Der steigende Verbrauch von Energie birgt unterschiedliche Risiken. Die derzeit am meisten diskutierten Risiken sind jene rund um die Versorgungssicherheit, negative Auswirkungen auf die Umwelt inkl. des anthropogenen verursachten Treibhauseffekts sowie steigende Preise. Das Risiko bei der Versorgung ist zum einen durch den hohen Anteil an importierten Energieträgern bedingt – vorwiegend Erdöl und Erdgas, unter anderem aus politisch wenig stabilen Regionen. Zum anderen stellt die für die Verteilung notwendige Infrastruktur, die aufgrund des steigenden Energieverbrauchs laufend erweitert werden müsste, ein Risiko für die Versorgung dar. Die Auswirkungen des hohen Energieverbrauchs auf die Umwelt sind vielschichtig. Die dominierende Umweltbelastung der Energieaufbringung und des Energieeinsatzes ist die Emission von Treibhausgasen, für die mittlerweile international und national verbindliche Ziele festgelegt wurden. Als wesentliche Maßnahmen gegen die beschriebenen Risiken werden u. a. die Steigerung der Energieeffizienz sowie der verstärkte Einsatz von erneuerbarer Energie diskutiert.
nationale und internationale politische Prozesse	Zur Verminderung der genannten Problembereiche gibt es Maßnahmen auf internationaler, europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Ein Gutteil dieser Maßnahmen befasst sich mit der Aufbringungsseite (z. B. Emissionshandel, Ökostromgesetz), d. h. mit der Bereitstellung von Primärenergie, deren Umwandlung und Verteilung. Zum Verbrauch – dem steuernden Element der Energienachfrage – gibt es zwar eine Reihe von Maßnahmen, diese waren jedoch bislang nicht ausreichend, den Endenergieverbrauch zu stabilisieren oder zu senken.
Klima	Neben den angeführten wesentlichen politischen Prozessen haben auch die „Klima-Prozesse“ starken Einfluss auf das Thema Energie. Als wichtiger erster Schritt wird das 1997 verhandelte Kyoto-Protokoll gesehen, dem inzwischen 182 Vertragsparteien angehören (181 Staaten und die Europäische Gemein-

schaft). Österreich hat sich im Rahmen des EU-Lastenausgleichs zu einer Reduktion von 13 % im Durchschnitt 2008–2012 im Vergleich zum Referenzjahr 1990 verpflichtet.

Die Richtlinie für Endenergieeffizienz und Energiedienstleistung ist am 17. Mai 2006 in Kraft getreten. Der Energieeinsatz soll von 2008 bis 2017 um 9 % gesenkt werden und verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Vorlage eines Energieeffizienz-Aktionsplans. Der erste nationale Aktionsplan wurde im Juni 2007 erstellt und enthält Maßnahmen in den Sektoren Haushalte, öffentlicher Dienstleistungssektor, privater Dienstleistungssektor, produzierender Bereich und Landwirtschaft sowie sektorenübergreifende Maßnahmen. Anlagen, die dem Emissionshandel unterliegen, sind von diesem Ziel nicht betroffen.

Im Regierungsübereinkommen 2007 (BUNDESKANZLERAMT (2007) war eine Steigerung der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch auf mindestens 24 % bis 2010 und eine Verdoppelung auf 45 % bis 2020 vorgesehen.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission zum EU-Klimapaket vom Januar 2008 sieht für Österreich als verbindliches Ziel bis 2020 einen Anteil von 34 % an erneuerbaren Energien am energetischen Endverbrauch vor (OEKONEWS (2008)).

Neben den einzelnen Richtlinien und Aktionsplänen gibt es auch auf regionaler und kommunaler Ebene eine Vielzahl an Maßnahmen bzw. Überlegungen für eine Umgestaltung des Energiesystems. Der Großteil der Bundesländer hat eigene Energiekonzepte und -pläne.

In der Diskussion um die zukünftige Gestaltung eines nachhaltigen Energieaufbringungs-, Verteilungs- und Verbrauchssystems gibt es nur schleppende Fortschritte. Trotz der angeführten Aktivitäten steigt der Energieverbrauch stetig an und liegt weit über einem Niveau, das als nachhaltig angesehen werden kann. Dies trifft auch auf die Schweiz zu, wo lt. einer Studie der Stiftung Risiko-Dialog Schweiz die mangelnde Kommunikation zwischen den Interessenvertreterinnen und -vertretern sowie die Blockade der politischen Debatte aufgrund ideologischer Auseinandersetzungen als wesentliche Gründe für die schleppende Entwicklung gesehen werden (RISIKO-DIALOG SCHWEIZ 2005).

Energieeffizienz

erneuerbare Energien

Bundesländer und Gemeinden

weiterhin steigender Energieverbrauch

2.2 Methodische Ausgangssituation

Neben den oben angeführten politischen Prozessen gibt es eine Vielzahl von Forschungs-, Entwicklungs- und Dialogprojekten, die sich vorwiegend der Aufbringungsseite – also der Bereitstellung von Primärenergie, dem Energiemix und den dafür notwendigen neuen Technologien – widmen. Diskussionen, die sich mit dem Energieverbrauch der Gesellschaft befassen, gibt es im Gegensatz dazu nur in unzureichendem Ausmaß. Um diese Lücke zu schließen, stellt die Initiative Risiko:dialog mit dem Thema „Risiko Energiegesellschaft“ diesen Blickpunkt ins Zentrum eines Dialogprozesses.

2.2.1 Exkurs: Anspruch und Wirksamkeit von BürgerInnenkonferenzen

Josef Hochgerner, ZSI

2.2.1.1 Warum BürgerInnenkonferenzen?

„Was alle betrifft, soll von allen behandelt und gebilligt werden“. Seit diese Forderung vom römischen Kaiser Justinian im 6. Jahrhundert formuliert wurde, provoziert sie Ablehnung und Zustimmung, Einschränkung und Versuche der Umsetzung. Sie gehört zu den „Wurzeln des modernen Parlamentarismus“ (BRUCKMÜLLER 2005).

Das politische System der Gegenwart beruht primär auf dem Prinzip der repräsentativen Demokratie, wonach Bürger und Bürgerinnen Abgeordnete in die regionalen, nationalen und europäischen Parlamente entsenden. Die Abgeordneten sollen stellvertretend und möglichst repräsentativ Willen und Wünsche des „Wahlvolks“ in der Gesetzgebung der jeweiligen politischen Einheit (Bundesland, Staat, Europäische Union) zum Ausdruck bringen. In und neben den gewählten Körperschaften und den darauf gestützten Exekutivorganen spielen politische Parteien und Medien eine hervorragende Rolle für die politische Meinungsbildung, Entscheidungsvorbereitung und Durchsetzung von Beschlüssen. Wie bekannt und allenthalben unübersehbar, gilt der Satz „*nobody is perfect*“ selbstverständlich nicht nur individuell sondern auch für juristische Personen, Staaten und insgesamt für das System der repräsentativen Demokratie. Daher existieren, von Land zu Land verschieden, aber doch sehr verbreitet, ergänzende Elemente der so genannten direkten Demokratie (Petitionen, Volksbegehren, Volksabstimmungen). Was können – ergänzend dazu – Verfahren zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Prozessen der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung bewirken?

Die Bandbreite politischer Prozesse – im Sinn der Gestaltung des sozialen Zusammenlebens – bringt es mit sich, dass bestehende Verfassungen, Gesetze und Gremien nicht hinreichend Regelungen für alle möglichen Problemstellungen bereithalten können. Wäre das der Fall, müssten wir in einem zweifellos unwillkommenen, undemokratischen und überregulierten System leben. Zu große Lücken in der Mitsprache und in Entscheidungsverfahren ohne Kontrolle sind jedoch ebenfalls einer demokratischen Gesellschaft nicht zuträglich. Um trotz wachsender Komplexität und Verdichtung gesellschaftlicher Prozesse („Globalisierung“) einerseits die Balance zwischen Offenheit und Regulierung zu halten, und andererseits für neue Anforderungen adäquate Chancen der Beteiligung zu schaffen, sind in den letzten Jahrzehnten vielfältige Partizipationsverfahren entwickelt worden.¹ Dabei spielen sozialwissenschaftliche Methoden und Prinzipien – etwa Kriterien zufälliger Auswahl und Repräsentanz – eine große Rolle.

Rund um die direkten wie auch indirekten Verfahren der politischen Entscheidungsfindung erfolgt in demokratischen Gesellschaften *politische Meinungsbildung* – mit unterschiedlichen Konsequenzen in Bezug auf künftige Maßnahmen

Elemente der direkten Demokratie

Beteiligung in Entscheidungsprozessen

¹ Neben BürgerInnenkonferenzen zählen dazu Planungszellen, Zukunftswerkstätten u.a.m. In einer Studie des Instituts für Technikfolgenabschätzung (ITA) (ÖAW 2006) wurden neun verschiedene Partizipationsverfahren zusammenfassend dargestellt und analysiert („Wer wird beteiligt? Wie wird das Ergebnis erarbeitet? Wozu wird beteiligt? Worum wird gestritten?“).

und Regelungen. Abhängig von der Größe der Bevölkerung, der ethnischen Vielfalt, den Kulturen und politischen Traditionen oder aktuellen Ereignissen gibt es immer wieder Fragen, die umfassende(-re) Meinungsbildung erfordern und *Instrumente* verlangen, welche die *Entscheidungsprozesse vorbereiten, begleiten oder nachgehend überprüfen* helfen.

Derartige Fragen und Anforderungen tauchen zum Thema „Risiko Energiegesellschaft“ infolge der Krisen um Rohstoffressourcen und Energieversorgung in der Finanzwelt und in der Realwirtschaft auf und sind von größter Relevanz. Generell bringen Technik und Wissenschaft, Wirtschaft und sozialer Wandel Phänomene hervor, auf welche die Instrumente demokratischer Willensbildung keinen oder wenig Einfluss haben. Dazu gehören nicht zuletzt Bereiche der von BECK (1986) beschriebenen Risikogesellschaft, die über technisch und wirtschaftlich messbare Risiken hinausgehen. Auch Umweltbelastungen und Klimawandel, ebenso wie Betriebsansiedlungen, Straßenbau, Kindergärten, Schulen oder Pflegeeinrichtungen etc., die homogene kleine Gemeinden oder komplexe gesellschaftliche Gebilde (etwa multi-ethnische Grenzregionen) betreffen können, erfordern erweiterte Mitsprache von Betroffenen. Diverse Instrumentarien der Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen – zu denen nicht zuletzt BürgerInnenkonferenzen zählen – unterstützen die Bewältigung solcher Herausforderungen.

2.2.1.2 Zielsetzungen und Herkunft des Konzepts

Partizipation, Beteiligung und Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern sind weitgehend synonym gebrauchte Bezeichnungen für Qualitätskriterien der Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse. Freilich bestehen Unterschiede zwischen „Entwicklung“ und „Entscheidung“ insofern, als Bürger und Bürgerinnen von Entwicklungen passiv (positiv oder negativ) betroffen sein können. „Teilhabe“ daran kann ohne oder mit eigener Entscheidungskompetenz (Mitwirkung, Zuständigkeit) kombiniert sein. Aber selbst passive Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungen bedeutet immerhin soziale Integration, stellt also eine erhebliche Differenz gegenüber sozialer Ausgrenzung dar. Aufgehoben werden damit diverse Ausschließungen etwa von Arbeit, Einkommen, Institutionen und Kultur. (vgl. KIESELBACH, T. & BEELMANN, G. (2003)).

Daher kann die *Ausweitung von Teilhabe* allein schon als relevanter Teil(-aspekt) gesellschaftlicher Entwicklung betrachtet werden, selbst wenn damit noch nicht eine Ausweitung der Beteiligung an Entscheidungen verbunden ist. Je mehr Menschen bzw. Gruppen (Institutionen, Organisationen wie z. B. NGOs etc.) zumindest informiert und in Diskurse eingebunden sind, desto größer wird *Teilhabe*. Dazu ist noch nicht eine unmittelbare Einbindung in konkrete Entscheidungsprozesse notwendig: Bereits eine Ausweitung von Information und Wissen über Entscheidungen, deren Grundlagen und ihr Zustandekommen stellt einen sozialen Fortschritt gegenüber Kommunikationsmustern in abgeschlossenen Zirkeln mit Ergebnisverlautbarung statt. Je mehr noch darüber hinaus Menschen, Gruppen, Netzwerke und Organisationen konkret in Entscheidungen eingebunden werden, desto höher wird der Grad an konkreter, effektiver und nachhaltiger *Partizipation* oder BürgerInnenbeteiligung in einer Gesellschaft.

**gesellschafts-
politischer Prozess
der „Teilhabe“**

Eine BürgerInnenkonferenz (auch „Konsenskonferenz“ genannt) kann keine direkte Beteiligung an Entscheidungen herbeiführen. Zu behaupten oder zu erwarten, diese Form der Teilhabe an Entwicklungsprozessen wäre mit einer Entscheidungsbefugnis gleichzusetzen, wäre bei weitem übertrieben. Allerdings ist eine Annäherung an Entscheidungsprozesse und deren Beeinflussung als Ziel der Durchführung von BürgerInnenkonferenzen unverzichtbar. Das ist am ursprünglichen Modell dieses Konzepts in Dänemark sehr gut ersichtlich:

Konsens-konferenzen des Teknologirådet

Konsenskonferenzen wurden erstmals von dem seit 1986 bestehenden Dänischen Rat für Technologie (Teknologirådet) entwickelt und eingesetzt, um Auswirkungen von Technologien auf Menschen und Gesellschaft zu evaluieren und Empfehlungen für das Parlament zu erarbeiten. Die Idee führte zu einer inzwischen vielfach und international erprobten Methode, nach der eine Konferenz von BürgerInnen und Bürgern ein Thema von überregionaler und großer sozialer Bedeutung behandelt. 1995 wurde der Teknologirådet durch ein eigenes Gesetz abgesichert und als unabhängige Einrichtung zur Beratung des Parlaments und von Regierungsstellen eingerichtet und gestärkt (TEKNO (o. J.)). Auf dieser Grundlage ist daher für alle Bürger und BürgerInnen, die vom Teknologirådet zur Beteiligung an einer Konsenskonferenz eingeladen werden, die Bedeutung einer solchen Veranstaltung klar: Die Ergebnisse gehen an das Parlament und werden dort zumindest gehört und in die Beratungen einbezogen. Sinn und Relevanz der Beteiligung stehen außer Frage, wenngleich selbstverständlich keinesfalls die BürgerInnenkonferenz das Parlament und dessen Entscheidungen vorwegnimmt oder gar dessen Kompetenzen ersetzen würde.

2.2.1.3 Erfolgskriterien

Drei Voraussetzungen bzw. Rahmenbedingungen müssen gegeben sein, um den doch beträchtlichen Aufwand einer BürgerInnenkonferenz durch Erfolg zu rechtfertigen:

- **Sorgfältige Vorbereitung**, und zwar nicht nur hinsichtlich Programmgestaltung und Logistik, sondern vor allem auch in Bezug auf die Auswahl, die Kontaktaufnahme und Anwerbung der teilnehmenden BürgerInnen und Bürger.
- **Klare Strukturierung** und auf die TeilnehmerInnen fokussierte Moderation der Konferenz selbst. Dazu gehört ausreichend Zeit für Diskussion und Reflexion und eine ebenso transparente wie übersichtliche Form der Dokumentation.
- **Aussicht auf Ergebnisverwertung**. Um dies überzeugend vermitteln zu können, müssen Folgeaktivitäten – möglichst unter Mitwirkung von Beteiligten – bereits geplant und Verbindungen zu Entscheidungsprozessen herstellbar sein.

Das überzeugendste Argument für die Teilnahme liegt in der allgemeinen Relevanz des Themas – im konkreten aktuellen Fall „Risiko Energie“. Die infrage kommenden und zur Teilnahme eingeladenen Menschen reagieren nur dann positiv, wenn sie es interessant finden, ihre Meinungen zum Thema mit anderen auszutauschen. Außerdem müssen sie berechtigte Hoffnung haben, dass ihre letztendlich im Konsens erfolgte Abschlusserklärung sowohl öffentlich als auch von Seiten der zuständigen Stellen Gehör und Beachtung findet. Vorkenntnisse der teilnehmenden BürgerInnen und Bürger zur Thematik selbst sind nicht erforderlich. Genauer gesagt: Diese sollen durch die TeilnehmerInnen in der Konferenz im besten Fall so repräsentiert sein, wie sie einem Querschnitt der Bevölkerung entsprechen.

Die BürgerInnenkonferenz ist grundsätzlich eine Laienkonferenz. Zur Bearbeitung des Themas der Konferenz erhalten die TeilnehmerInnen vorbereitete Sachinformationen. Während der Konferenz stehen Fachleute als Auskunftspersonen zur Verfügung. Diese sollen aber nicht von sich aus intervenieren oder gar die Diskussion dominieren, sondern Fragen beantworten. Im Mittelpunkt stehen die zufällig ausgewählten Bürger und Bürgerinnen, deren Ziel es ist, am Ende der Konferenz eine – Punkt für Punkt – im Konsens verabschiedete Erklärung zu beschließen. Die darin enthaltenen Vorschläge können selbstverpflichtenden Charakter haben („wir werden in Zukunft ...“) und dringliche Empfehlungen und Forderungen an Verantwortliche in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (z. B. NGOs, Kirchen und andere Verbände) konkret zum Ausdruck bringen.

Wer eine Konsenskonferenz initiiert und veranstaltet, geht gegenüber den teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern die Verpflichtung ein, deren Vorschläge an die Öffentlichkeit zu bringen und an kompetente Stellen weiterzuleiten. Im Idealfall werden Vorschläge, Anregungen oder Forderungen umgesetzt und neue Netzwerke der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung gebildet; je dauerhafter und kontinuierlicher desto besser.

Der Zeitaufwand für die teilnehmenden BürgerInnen schwankt zwischen etwa zwei und maximal sechs Konferenztagen. Es werden bis zu hundert Personen so ausgewählt, dass berufstätige und nicht berufstätige Frauen und Männer aller Bildungsschichten und Altersgruppen aus Stadt und Land die Chance haben, teilzunehmen. Um Berufstätige gewinnen zu können, werden diese Konferenzen meist für ein bis zwei, manchmal für drei Wochenenden einberufen. Alleine der Zeitaufwand ist freilich eine hohe Anforderung sowohl an die TeilnehmerInnen als auch an die organisierende(n) Institution(en). Finanzielle Abgeltung dafür kann den Bürgerinnen und Bürgern in aller Regel nicht ausreichend gewährt werden; Anerkennungsbeträge zuzüglich zu den Reise- und Aufenthaltspesen sind jedoch üblich.

Wirksamkeit

Für die Konsenskonferenzen des Teknologirådet war und ist das dänische Parlament („Folketing“) der erste und explizite Adressat, weshalb das Konzept in Dänemark hohe Akzeptanz finden konnte. Ohne direkte Zuordnung dieser Art ist es ein ebenso wichtiger Teil der Vorbereitung wie auch der Nachbearbeitung, eine klare Strategie zur Verwertung von Ergebnissen zu entwerfen und einzuhalten. Jede BürgerInnenkonferenz ist schon deshalb ein sehr ambitioniertes Unterfangen, weil es um die vorausschauende Diskussion und Beurteilung von schwierigen Sachverhalten geht – seien es die Entwicklung, Verbreitung und Folgen von neuen Technologien, die Analyse und Einschätzung von Risiken sowie die Formulierung von Vorschlägen für angemessene (politische) Entscheidungen. Besonders anspruchsvoll ist es, Konsenskonferenzen zu Themen zu organisieren, die über Ländergrenzen hinweg relevante Sachverhalte zum Inhalt haben (wie z. B. „Energie“ und damit zusammenhängende Risiken). Am Schwierigsten freilich ist es, für die kontinuierliche Bearbeitung von so vielfältigen Problemlagen und darüber hinaus für die Umsetzung von vorgeschlagenen Lösungen zu sorgen.

Konferenz von Nichtfachleuten

Verpflichtung gegenüber den Beteiligten

Zeitaufwand für die Beteiligten

Verwertung der Ergebnisse

**Ziele der
BürgerInnen-
konferenz**

Die BürgerInnenkonferenz zum Thema Energie im Rahmen des Risiko:dialogs war und ist nicht integraler Teil eines Entscheidungsprozesses. Der Charakter der verabschiedeten Beschlüsse (das „Energie-Kommuniqué“)² ist daher notwendigerweise auf Empfehlungen beschränkt. Ziel war es, Meinungen und Wissen in die Diskussion einzubringen, die verschiedenen Verständnisebenen und Begriffsstränge aller Beteiligten festzustellen, Problembewusstsein zu schärfen, Empfehlungen für Lösungen zu beraten – und vorzuschlagen, was verschiedene Akteure und Akteurinnen tun sollten: *Bürger und Bürgerinnen selbst, die Politik und die Wirtschaft*.

Konsenskonferenzen müssen ihren Platz in den vielfältigen Prozessen von Meinungs-, Bewusstseinsbildung und Entscheidungsabläufen finden. Innovativ ist daran, dass ihre Wirksamkeit weit über die Feststellung von Meinungen oder Wünschen von Bürgerinnen und Bürgern hinausgeht. Das Instrument der BürgerInnenkonferenz ist nicht eine Methode der Meinungsforschung; es wäre dafür gar nicht geeignet und viel zu teuer. Es handelt sich vielmehr um ein anspruchsvolles Instrument der Meinungsbildung und Konsensfindung.

Die Ergebnisse werden von Laien, die einen Querschnitt aus der Bevölkerung repräsentieren, unter Einbeziehung von Fachinformationen und Expertisen in einem gemeinsamen, auf Konsens ausgerichteten Lernprozess erarbeitet. Das Resultat – zusammengefasst in der gemeinsamen Abschlusserklärung – wird in weitere öffentliche, politische und institutionelle Diskussions- und Entscheidungsinstanzen eingebracht. Direkt relevante Anschlussaktivitäten können z. B. eine oder mehrere parlamentarische Enqueten sein, in denen Abgeordnete von Landtagen, Nationalrat oder des Europäischen Parlaments die Ergebnisse der BürgerInnenkonferenz diskutieren.

Darüber hinaus bleibt neu gewonnenes Wissen und profilierte Meinung nicht auf die TeilnehmerInnen beschränkt: Diese gewinnen durch die Konferenz nicht nur neues Wissen, sondern auch Selbstsicherheit und die Erfahrung, dass ihre Stimme zählt. Aus gelungenen BürgerInnenkonferenzen gehen MeinungsführerInnen („Opinion Leader“³) hervor, deren Wirkung in ihrem jeweiligen sozialen Umfeld (beruflich und privat) sehr hoch einzuschätzen ist.

Im Fall der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“ wurden die Ergebnisse im Anschluss an die Konferenz bereits in einer großen Zahl von Besprechungen und Workshops an Bundesministerien, Landesstellen und Interessenvertretungen herangetragen und vorgestellt. Soweit es sich terminlich ver einbaren ließ waren dabei TeilnehmerInnen der Konferenz aktiv beteiligt⁴, womit ein zentrales Kriterium für Wirksamkeit und Erfolg der Konferenz erfüllt wurde.

² siehe Anhang 1: Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“

³ Der Begriff „Meinungsführer“ geht auf den aus Österreich exilierten Soziologen Paul Lazarsfeld zurück und berücksichtigt die Mehrstufigkeit von Kommunikationsprozessen: Immer geben besser oder früher informierte Personen Meinungen an einzelne Personen oder Gruppen in ihrem jeweiligen Umfeld weiter. (LAZARSFELD et al. 1968).

⁴ siehe Anhang 2: Terminübersicht und AdressatInnen der Übergabe des Energie-Kommuniqués

3 KONZEPTION

In dem partizipativ und ergebnisoffen gestalteten Prozess, in dessen Zentrum eine BürgerInnenkonferenz steht, wurden zunächst unter Mitwirkung unterschiedlicher Interessengruppen Themen zu „Risiko Energiegesellschaft“ gesammelt und in der Folge inhaltlich aufbereitet. Diese Inhalte wurden in Informations- und Dialogformaten (siehe Abbildung 1) vorgestellt und diskutiert. Im Rahmen der BürgerInnenkonferenz wurden zufällig ausgewählte BürgerInnen eingeladen, gemeinsam Positionen und Empfehlungen zu entwickeln, diese an EntscheidungsträgerInnen zu übergeben und damit einen wichtigen Beitrag für die weitere Diskussion zu leisten.

Mit diesem Prozess wurden ein Beitrag zu einer bewussten Risikokultur geleistet, neue Handlungsspielräume erkannt und aufgezeigt und damit zukunftsweisende Weichenstellung im Energiebereich angeregt. Allgemeine Dialogziele waren es, Bewusstsein zu schaffen, Orientierung zu geben, Austausch anzuregen und Diskussionen auf einer breiten Basis zu ermöglichen.

Die Einladung zum Dialog richtete sich in den unterschiedlichen Phasen an BürgerInnen sowie unterschiedliche Interessengruppen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Politik und NGOs.

Der Dialog als Methode stellt für die Initiative Risiko:dialog das Hauptinstrument für die Etablierung einer Risikokultur dar. Die Anwendung unterschiedlicher, miteinander in Verbindung stehender Dialog- und Informationsformate ermöglicht es vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern Anknüpfungspunkte für ihre Perspektiven zu finden, sich Meinungen zu bilden und sich aktiv in den Dialog einzubringen.

Um die genannten Ziele des Dialogschwerpunktes „Risiko Energiegesellschaft“ zu erreichen, wurden folgende Informations- und Dialogformate eingesetzt:

- **Fokusgruppen:** Erarbeitung, Präzisierung und Priorisierung der Themen für die BürgerInnenkonferenz, Rahmen für die inhaltliche Gestaltung des Science Events.
- **Science Event:** Darstellung und Diskussion von Hintergrundinformationen und Zusammenhängen zum Thema „Risiko Energiegesellschaft“.
- **BürgerInnenkonferenz:** partizipative Erarbeitung von Empfehlungen.
- **Diskussion der Ergebnisse der BürgerInnenkonferenz mit unterschiedlichen Stakeholdern:** Parlamentsfraktionen, Interessenvertretungen, NGOs, Ministerien, Bundesländer, Unternehmen.
- **Medienbegleitung und Öffentlichkeitsarbeit:** Sendungen auf Radio Österreich 1: wissenschaftliche Sendungen zum Thema Energie und zur BürgerInnenbeteiligung; Ergebnisse in aktuellen Nachrichtenformaten und im Rahmen einer Dimensionen-Sendung; laufende Hintergrundinformationen für UserInnen und DialogpartnerInnen auf www.risikodialog.at; science.orf.at.

Ziele des Dialogs

Zielgruppen

angewandte Methoden

Ressourcen im Risiko:dialog – Konzeption

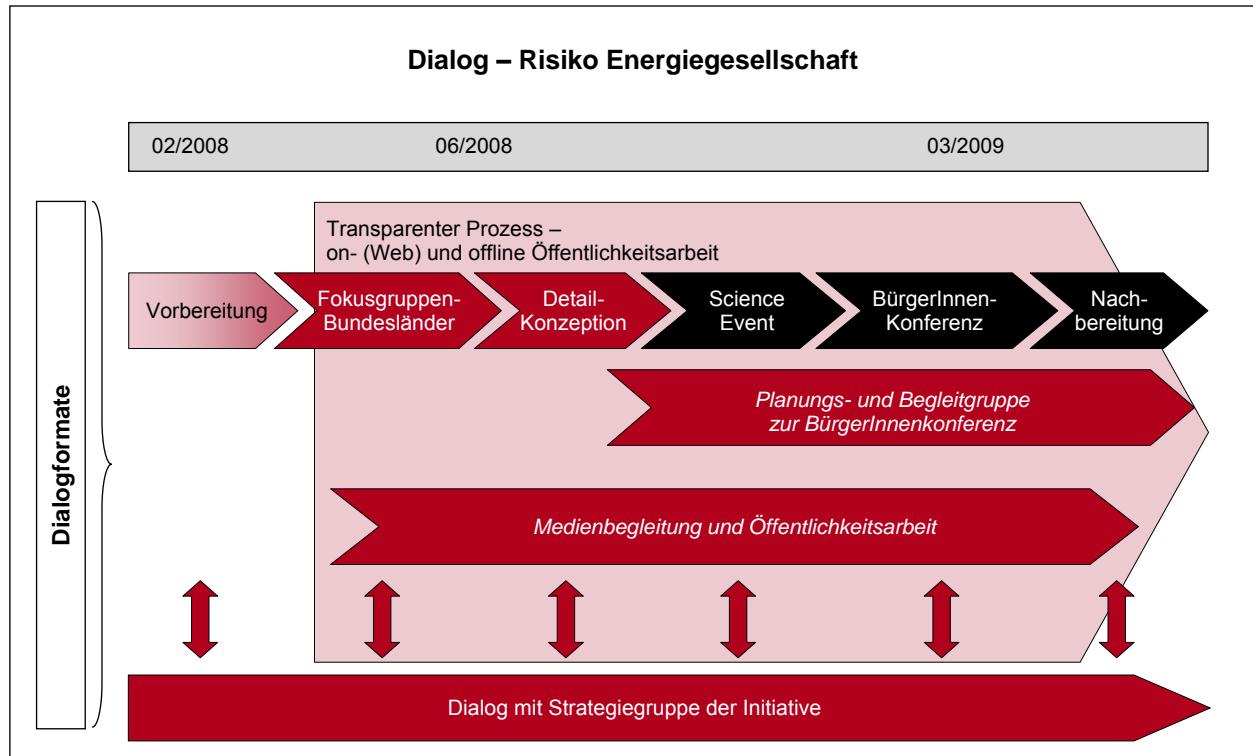


Abbildung 1: Dialogprozess – „Risiko Energiegesellschaft“.

4 FOKUSGRUPPEN

4.1 Themenfokussierung

Um das Thema „Risiko Energiegesellschaft“ zu fokussieren und viele AkteurInnen und Akteure und damit Perspektiven in den Dialog einzubeziehen, wurden in einem ersten Schritt vier Fokusgruppen durchgeführt. Fokusgruppen, d. h. geschlossene, moderierte Diskussionsrunden mit bis zu 12 TeilnehmerInnen und Teilnehmern, sind eine geeignete Methode, um in kurzer Zeit (Dauer pro Gruppe ca. zwei Stunden) viele Sichtweisen zu einem Thema erfassen zu können. Das Ergebnis der Fokusgruppen führte zu einem Priorisieren jener Themen, die im Zentrum der BürgerInnenkonferenz stehen sollten, dar.

**Vorteile der
Fokusgruppen**

Die Fokusgruppen mit ExpertInnen fanden in mehreren Bundesländern (Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg) statt. VertreterInnen der Länder, der Gemeinden, regionaler Energieagenturen, der lokalen Energieversorger, der Wissenschaft, von Interessenverbänden sowie aus der Wirtschaft und NGOs wurden zur Teilnahme eingeladen. Darüber hinaus gab es eine Fokusgruppe mit BürgerInnen und Bürgern, deren Ergebnisse für die inhaltliche Gestaltung des Science Event, einer weiteren Veranstaltung zum Thema „Risiko Energiegesellschaft“, herangezogen wurden. In den moderierten Diskussionsrunden wurden die wesentlichen Risiken einer Energiegesellschaft diskutiert, in weiterer Folge durch das Durchführen einer Inhaltsanalyse zu Paketen der vordringlichsten Themen zusammengefasst und danach inhaltlich für die TeilnehmerInnen der BürgerInnenkonferenz aufbereitet.

4.2 Fokusgruppe BürgerInnen

Die Fokusgruppe mit Bürgern und BürgerInnen fand im Juni 2008 in Wien statt. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde kam es zu einer lebhaften Diskussion, im Mittelpunkt standen die sozialen Risiken einer Energiegesellschaft. Die Beiträge waren dem Thema und der Mischung der Gruppe entsprechend vielfältig. Es wurde über die aktuell steigenden Preisen für Energie und Lebensmittel, über Lebensstil, Bewusstseinsbildung, Mobilität, Individualität versus Gemeinschaft bis hin zu Wirtschaft, Konsumverhalten und die Rolle der Werbung diskutiert.

**identifizierte
Problemfelder**

Als Risiko, mit dem eine Energiegesellschaft konfrontiert ist, kam bei diesen Themen wiederholt das Spannungsfeld der individuellen und gemeinschaftlichen Interessen zur Sprache. Als Brennpunkte wurden die soziale Ungleichheit und die intergenerationale Verantwortung genannt: Auf nationaler Ebene öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter, international nehmen die Ströme an Klimaflüchtlingen zu, sei es aus Gründen der Ressourcenknappheit oder aufgrund von Naturkatastrophen.

**Ergebnisse des
Dialogs**

Das abschließende Fazit ergab, dass einerseits schnelle Lösungen wie die Förderung von energieeffizienten Technologien, andererseits gesellschaftliche Innovationen wichtig wären. Dies zu erreichen setzt zum einen die vermehrte Auseinandersetzung mit den Risiken einer Energiegesellschaft voraus, zum anderen die Bewusstseinsbildung und vor allem die Bereitschaft zum Handeln auf politischer und gesellschaftlicher Seite.

4.3 Fokusgruppe Salzburg

Die eineinhalbstündige Gruppendiskussion der Fokusgruppe in Salzburg, die im September 2008 stattfand, begann nach einer Vorstellungsrunde mit der Eröffnungsfrage nach den Assoziationen zum Thema Risiko Energiegesellschaft.

identifizierte Problemfelder

Als eine der ersten Assoziationen wurde die Energieabhängigkeit genannt. Diese bezog sich auf die Verletzlichkeit der Systeme, aber vor allem auf die Notwendigkeit des Energieeinsatzes im Alltag. In einer späteren Phase der Diskussion wurde der hohe Energieverbrauch im Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum als Risiko ausführlich erörtert. In Bezug auf die Energieversorgung wurden als Risiken Versorgungssicherheit und Importabhängigkeit erwähnt.

Die Endlichkeit der fossilen Energieträger wurde ebenfalls in die Diskussion eingebracht, zugleich wurde auch die begrenzte Leistungsfähigkeit der erneuerbaren Energien als weiteres Risiko genannt. Die TeilnehmerInnen beschränkten sich nicht nur auf das Aufzeigen von Risiken, sondern suchten nach Lösungswegen: Dazu gehörten vorwiegend politische Entscheidungen und Anreizsysteme.

Zusammenfassend zeigte die Diskussion folgende wesentliche Risiken für die Energiegesellschaft auf:

- Abhängigkeit von fossilen Energieträgern,
- Abhängigkeit von Importen,
- steigender Energie- bzw. Stromverbrauch,
- Risiko der Versorgungssicherheit im Bereich der Netze und der dezentralen und zentralen Versorgung sowie
- Aufbringung des gesellschaftlichen Konsens.

Eine Verhaltens- und Einstellungsänderung bräuchte sehr viel Wissen und Information. Dies sei derzeit noch nicht ausreichend vorhanden.

4.4 Fokusgruppe Vorarlberg

Die Fokusgruppe Vorarlberg fand ebenfalls im September 2008 statt. Mit dem Statement „ohne Energie läuft überhaupt nichts mehr“ wurde zu Beginn das Risiko der Versorgung genannt, das sowohl die Trinkwasserversorgung als auch Mobilität und Kommunikation beträfe, aber auch Licht, Wohnen, Heizen u.v.m.

identifizierte Problemfelder

Beim Thema der Versorgungssicherheit wurde das Risiko der Importabhängigkeit angesprochen – von politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit von politisch instabilen Ländern über Lieferengpässe bis zur Preisgestaltung. Versorgungssicherheit habe eine große Bedeutung für attraktive Wirtschaftsstandorte und deren Wettbewerbsfähigkeit und damit eine soziale Dimension, war Tenor weiterer Wortmeldungen.

Als weiteres soziales Risiko wurde die Entwicklung der Energiepreise aufgezeigt, die ohne notwendige Lenkungsmaßnahmen eine Zweiklassengesellschaft verursachen könnten.

Von nahezu allen DiskutantInnen wurde das Risiko genannt, dem die Umwelt bei anhaltend hohem Bedarf und steigendem Verbrauch von Energie ausgesetzt ist. Weitere Assoziationen zu „Risiko Energiegesellschaft“ waren Ausführungen zu "Peak Oil", also dem Erreichen einer Förderspitze fossiler Energieressourcen, und eine mögliche Renaissance der Kernkrafttechnologie.

Der zuletzt diskutierte Themenkreis handelte von Rollen, dem Rollenverständnis und unterschiedlichen Verantwortlichkeiten. Dabei wurden Politik, Wirtschaft und Gesellschaft genannt. Es wurden politische Rahmenbedingungen und eine kontinuierliche Begleitung des Veränderungsprozesses verlangt, die Wirtschaft sei gefordert, Chancen zu erkennen und gegebenenfalls schnell genug zu reagieren. Das Thema Kommunikation (sowohl die Risikokommunikation als auch die Informationspolitik) spielte eine wichtige Rolle, um Begeisterung zu wecken und die Chancen von Veränderungsprozessen zu erkennen, damit diese kontinuierlich fortgesetzt werden und vielleicht auch schneller stattfinden können.

4.5 Fokusgruppe Niederösterreich

Im Fokus des Dialogs der Diskussionsrunde in Niederösterreich im November 2008 standen Komplexität und Untrennbarkeit der unterschiedlichen Risiken einer Energiegesellschaft, abschließend erörterte die Gruppe Ansatzpunkte für Lösungen.

Das Thema Klimawandel wurde von mehreren Personen als Risiko, mit dem eine energieintensive Gesellschaft konfrontiert ist, erwähnt. In Bezug auf fossile Energieträger wurde deren Endlichkeit als Risiko eingestuft; in weiterer Folge wurde auf die Energiebezugsquellen hingewiesen und geopolitische Risiken wurden angeführt – etwa jene der Abhängigkeit von multinationalen Unternehmen und deren enorme Marktmacht. Internationale Verteilungskämpfe und soziale Spannungen seien weitere mögliche Gefahren. Darüber hinaus gebe es ein Spannungsverhältnis von Sozialpolitik und langfristigen Klimaschutzstrategien.

***identifizierte
Problemfelder***

Beim Thema Energieversorgung wurde auf die Risiken einer zentral organisierten Versorgung hingewiesen und in weiterer Folge auf jene einer dezentralen Versorgung, die einen hohen Steuerungsaufwand darstelle. Es kam zur Sprache, dass die Zeit- und Planungshorizonte von Politik und Wirtschaft sehr unterschiedlich seien. Als Risiko wurden weiters die Prioritäten der Themen erwähnt – Ressourcen- oder Umweltthemen könnten oft mit wichtiger bewerteten tagespolitischen Themen wie z. B. der Finanzkrise nicht konkurrieren.

Die TeilnehmerInnen der Fokusgruppe sahen schlussendlich auch den gesellschaftlichen Wertewandel und die Veränderung des Konsumverhaltens als wesentliche Ansatzpunkte. Einklang zwischen langfristigen Nachhaltigkeitszielen und kurzfristigen sozialen Betroffenheiten durch effizienten und nachhaltigen Umgang mit Energie zu erreichen sei ebenso wichtig, wie den Wohlstand zu erhalten.

4.6 Gesamtergebnis Fokusgruppen

Die Beiträge aller vier Fokusgruppen wurden auf Tonband aufgenommen, transkribiert und in der Folge inhaltsanalytisch ausgewertet. Daraus ergaben sich folgende sechs Leitthemen bzw. -risiken, die der inhaltlichen Ausrichtung der BürgerInnenkonferenz dienten:

1. Umwelt & Klima
2. Energiepreise und ihre Auswirkungen
3. Energieabhängigkeit – Importabhängigkeit – Versorgungssicherheit
4. Hoher Energieverbrauch – gesellschaftlich und individuell
5. Energieträger: fossile Energie, Atomenergie, erneuerbare Energien
6. Verantwortung und Zuständigkeiten

Diese sechs Themen hängen inhaltlich eng zusammen. Trotzdem war es für eine Strukturierung der Informationsmaterialien für die BürgerInnenkonferenz sowie für die Erstellung einer Liste von ExpertInnen notwendig, das Gesamtthema in Einzelthemen herunterzubrechen, und damit auch für die Bürgerinnen und Bürgern Ausgangspunkte anbieten zu können.

5 SCIENCE EVENT

Beim Science Event „Risiko Energiegesellschaft“ wurden Hintergründe und Zusammenhänge zu diesem Thema zur Diskussion gestellt. Die Vorträge und Diskussionen dienten gleichzeitig als inhaltlicher Beitrag und Vorbereitung für die BürgerInnenkonferenz.

Der Science Event⁵ fand am 28. Oktober 2008 im RadioKulturhaus statt. In Vorträgen präsentierten ExpertInnen ihre Position zur Energiegesellschaft, darüber hinaus gab es im Rahmen der Veranstaltung interaktive Elemente für einen Dialog zwischen ExpertInnen und Teilnehmenden. Auch der Science Event hatte einen Fokus auf gesellschaftliche Aspekte. Neben Energie-ExpertInnen, die die Hintergründe und Zusammenhänge von Energieaufbringung, -verteilung und -verbrauch darstellten, wurden von einer Architektin die Potenziale im Bereich Bauen und Wohnen aufgezeigt. Das Energieverhalten wurde aus psychologischer Perspektive beleuchtet, während der Energieverbrauch im Zusammenhang mit dem Ernährungsverhalten von einem Ernährungswissenschaftler erklärt wurde. Den Abschluss bildeten ein Exkurs über die wirtschaftlichen Zusammenhänge im Bezug auf Energie und eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „Verantwortung – wer trägt denn eigentlich die Verantwortung für Energieverbrauch und -verhalten sowie ganz generell unseren Lebensstil?“

Themen des Science Events

⁵ siehe Anhang 5: Programmfolder Science Event „Risiko Energiegesellschaft“ am 28. Oktober 2008 im RadioKulturhaus

6 NEUE PERSPEKTIVEN: BÜRGERINNENKONFERENZ

In der aktuellen Diskussion rund um das Thema Energieversorgung, -bereitstellung und -verbrauch, die auf unterschiedlichen Ebenen geführt wird, fand die Meinung der BürgerInnen kaum Eingang. Neben den allgemeinen Dialogzielen der Initiative Risiko:dialog – Bewusstsein schaffen, Orientierung geben, Austausch anregen und Diskussion auf eine breite Basis stellen – war es Ziel der BürgerInnenkonferenz, gesellschaftliche Perspektiven auf das Thema „Risiko Energiegesellschaft“ zu erarbeiten und in die allgemeine öffentliche Diskussion zu bringen.

6.1 Planungs- und Begleitgruppe

Begleitet wurde die BürgerInnenkonferenz von einer Planungs- und Begleitgruppe, deren Kernteam in der Umsetzung der Konferenz tätig war und aus Mitgliedern des Risiko:dialog, dem Zentrum für soziale Innovation und dem ÖKOBÜRO bestand. Das gemeinsame Ziel war es, eine inhaltlich ausgewogene und methodisch korrekte BürgerInnenkonferenz vorzubereiten, durchzuführen und nachzubereiten. Die Gruppe teilte sich die Aufgaben wie folgt auf:

- Umweltbundesamt: Konzept und Koordination der Planungs- und Begleitgruppe, Weitergabe der Ergebnisse: AdressatInnen-Termine und Workshops; Öffentlichkeitsarbeit.
- Radio Österreich 1: Begleitung des Schwerpunkts auf Radio Österreich 1 und science.orf.at.
- Zentrum für soziale Innovation: Auswahl und Betreuung der BürgerInnen, operativer Ablauf der BürgerInnenkonferenz, Co-Moderation.
- ÖKOBÜRO: Auswahl und Betreuung der ExpertInnen, Schnittstelle zu NGOs.

6.2 Ablauf der BürgerInnenkonferenz

Die 35 TeilnehmerInnen der BürgerInnenkonferenz wurden vom Zentrum für Soziale Innovation so ausgewählt, dass sie in Bezug auf Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Berufsspektrum und Erwerbsstatus einen Querschnitt der österreichischen Bevölkerung darstellen. Die Auswahl der BürgerInnen erfolgte im Jänner und Februar 2009. In der Vorphase der Konferenz wurde den BürgerInnen und Bürgern Informationsmaterial zu den Themen, die in den Fokusgruppen diskutiert wurden, zur Verfügung gestellt.

Die BürgerInnenkonferenz selbst fand an zwei Wochenenden im März 2009 statt. Der erste Tag des ersten Wochenendes war vor allem dem gegenseitigen Kennenlernen und einer ersten Auseinandersetzung mit den sechs Hauptthemen der Konferenz gewidmet. Nach einer kurzen Einführung ins Thema arbeiteten die BürgerInnen in Gruppen zu den einzelnen Themen. Darauf folgte durch Abstimmung eine Auswahl von drei der sechs Themen, die dann weiterhin bearbeitet wurden. Das Thema Klima und Umwelt erhielt mit Abstand die

meisten Punkte, gefolgt von den Themen Energieabhängigkeit/Vorsorgungssicherheit und Energieträger. Am zweiten Tag wurde in wechselnden Gruppen an den drei Themen weitergearbeitet. Fragen, die im Rahmen der Diskussionen entstanden und nicht vor Ort beantwortet werden konnten, wurden gesammelt und am Ende des ersten Wochenendes an von den Bürgerinnen und Bürgern ausgewählte fünf ExpertInnen weitergeleitet. Aus einer Liste von 36 ExpertInnen⁶, die sich vorab bereit erklären hatten, Fragen der BürgerInnen zu beantworten, konnten von den Bürgerinnen und Bürgern fünf ExpertInnen ausgewählt werden. Die ExpertInnen kamen aus den Bereichen Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und NGO.

Das zweite Wochenende – das eigentliche Konferenzwochenende – begann mit einem "Hearing" der fünf ausgewählten ExpertInnen: Helga Kromp-Kolb, Institut für Meteorologie, Universität für Bodenkultur, Johannes Stockinger, oekoplan Energiedienstleistungen GmbH, Heinz Höglberger, GLOBAL 2000, Kurt Pollak, OMV Future Energy Fund GmbH, Christoph Müller, Bundeskanzleramt und Wolfgang Jilek, Land Steiermark standen den Bürgerinnen und Bürgern einen ganzen Tag lang Rede und Antwort. Am darauffolgenden Tag wurden die Empfehlungen zu allen drei Themen in drei Arbeitsgruppen für jede/n Einzelne/n, für die Politik und für die Wirtschaft entwickelt und deren Formulierung in Angriff genommen. Nach einem arbeitsintensiven Vormittag wurden die in den Einzelgruppen erarbeiteten Empfehlungen von den Bürgerinnen und Bürgern im Plenum vorgestellt und danach schriftlich über jede einzelne Empfehlung abgestimmt, für die Aufnahme ins Abschlussdokument wurde festgelegt, dass für insgesamt 45 Empfehlungen eine 50 % Zustimmung der BürgerInnen vorliegen muss. Alle Empfehlungen wurden mit über 60 % Zustimmung der BürgerInnen angenommen und damit ins Abschlussdokument – das Energie-Kommuniqué – aufgenommen. 32 der BürgerInnen waren in dieser Phase anwesend und damit stimmberechtigt und hatten die Wahl zwischen Zustimmung, Ablehnung oder Stimmenthaltung bei den einzelnen Empfehlungen, wobei bei der Auswertung die Stimmenthaltungen aus der jeweiligen vollen Prozentzahl ausgeklammert wurden.

Zum Abschluss wurden die Empfehlungen an die Geschäftsführung des Umweltbundesamt übergeben mit dem Auftrag, sie an EntscheidungsträgerInnen und Medien weiterzugeben.

⁶ siehe Anhang 4: Liste aller ExpertInnen, aus denen die TeilnehmerInnen der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“ wählen konnten

6.3 Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Energie-Kommuniqué Ergebnis der BürgerInnenkonferenz ist das Energie-Kommuniqué⁷, das sich an den/die Einzelne/n sowie an Wirtschaft und Politik richtet. Das Kommuniqué umfasst Meinungen, Argumente und Empfehlungen der BürgerInnen. Diese Empfehlungen wurden inhaltlich und sprachlich von den BürgerInnen erarbeitet. Wie im Energie-Kommuniqué und der Auswertung ersichtlich, erreichten 39 von den 45 Empfehlungen jeweils mehr als 90 % Zustimmung, 20 davon hatten die volle Zustimmung der Stimmberechtigten.

Aus den Empfehlungen wird deutlich, dass die teilnehmenden BürgerInnen ihren Teil der Verantwortung erkennen und bereit sind, Lebensstil, Konsumverhalten und Kaufentscheidungen zu ändern. Dafür wünschen sie sich von Politik und Wirtschaft Unterstützung und empfehlen verstärkte Informationsarbeit und vor allem Mut und weitsichtiges, planerisches und vorbildliches Vorgehen.

Ausgewählte Empfehlungen des Energie-Kommuniqués:

- Mehr Information zu Klimaverträglichkeit und Kostenwahrheit von Produkten; Bildungsarbeit von Medien und Schulen zu Energie- und Klimathemen.
- Reduzierung des Energieverbrauchs durch bewussten Einkauf und Konsum.
- Schwerpunktsetzung auf erneuerbare Energien, öffentlichen Verkehr, ökologische Produkte.
- Mehr Beratungen, um Handlungsoptionen zu erkennen.

Neben diesen inhaltlichen Empfehlungen hat die Beobachtung des Prozesses ermöglicht, einmal mehr den Schluss zu ziehen, dass eine qualitative Auseinandersetzung zu komplexen Themen nicht nur den ExpertInnen überlassen werden muss. BürgerInnen, die täglich mit Energie, Energieverbrauch, Energiekosten, usw. zu tun haben, sind ExpertInnen ihres Zugangs und Umgangs mit Energie und können aus dieser Expertise heraus – gekoppelt mit entsprechender Aufbereitung von Informationen und einem ausgewogenen, begleiteten Dialog – einen wertvollen Beitrag zu der Frage leisten, wie zukünftig mit Energie umgegangen werden sollte. Die Methode der BürgerInnenkonferenz bietet dafür einen angemessenen Rahmen und sollte zukünftig in gesellschaftlich wichtigen Fragen auch in Österreich häufiger eingesetzt werden.

⁷ siehe Anhang 1: Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“

7 DISKUSSION DER ERGEBNISSE MIT UNTERSCHIEDLICHEN STAKEHOLDERN

Das Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz zum Thema „Risiko Energiegesellschaft“ wurde den zuständigen LandesrätlInnen in Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg, den Ministerbüros und/oder Angehörigen von Lebensministerium, BMVIT, BMF, BMWFJ und BMWF sowie allen Sozialpartnern und Parlamentsclubs vorgestellt und übergeben. Eine Liste aller AdressatInnen des Energie-Kommuniqués findet sich im Anhang mit dem Stand von September 2009⁸.

Die Reaktionen auf das Energie-Kommuniqué waren sehr unterschiedlich, aber vorwiegend positiv. Bei einigen Terminen (Workshop Industriellenvereinigung, Strategiegruppensitzung der Initiative Risiko:dialog, Termine mit Landesräten in Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg) waren TeilnehmerInnen der BürgerInnenkonferenz – anwesend und konnten ihre Empfehlungen selbst vorbringen sowie ihre Eindrücke von der Konferenz vermitteln. Alle anderen Präsentationen wurden von der Geschäftsführung oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Umweltbundesamt durchgeführt.

Bei der Diskussion der Ergebnisse wurde von Seiten der Ministerien und der Länder sowie der Interessenvertretungen die Nutzbarkeit des Energie-Kommuniqués für die Erstellung der Österreichischen Energiestrategie am häufigsten betont. Diese soll ab Juni 2009 erarbeitet werden und den Weg darstellen, wie Österreich das Ziel, 34 % des Endenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen, erreichen kann. Die Ergebnisse der BürgerInnenkonferenz sollen in diese Strategie einfließen.

Darüber hinaus wurden viele der Empfehlungen von den unterschiedlichen Stakeholdern aufgegriffen und der derzeitige sowie der mögliche zukünftige Umgang mit dem Risiko Energiegesellschaft erörtert. Am häufigsten diskutiert wurden folgende Empfehlungen:

- Die Politik schafft Bewusstsein für Kostenwahrheit durch Vorschriften zur einheitlichen Produktkennzeichnung (Energieverbrauch, CO₂-Ausstoß; z. B. ökologischer Fußabdruck), durch Nachhaltigkeitschecks bei Eigeninvestitionen (Schweizer Modell) und durch kostenlose Energiechecks für private Haushalte.
- Die Politik ermöglicht eine kostenlose Nutzung des öffentlichen Verkehrs für ein Jahr und überprüft die Auswirkung dieser Maßnahme auf das allgemeine Verkehrsaufkommen.
- Die Politik hat Mut zu unpopulären Maßnahmen, wie etwa Dieselsteuer, Qualitätssicherung und Kontrolle im Straßenbau, nennenswerte Bußgelder für Unternehmen und Produkte mit zu hohem Energieverbrauch und Umweltverschmutzung.
- Die Wirtschaft unterstützt KonsumentInnen beim ökologischen Konsum, z. B.: durch differenzierte Tarife, Kennzeichnung, Anreize für Umstieg auf Elektroautos.

⁸ siehe Anhang 2: Terminübersicht und AdressatInnen der Übergabe des Energie-Kommuniqués

Ressourcen im Risiko:dialog – Diskussion der Ergebnisse mit unterschiedlichen Stakeholdern

- Die Politik verpflichtet die Wirtschaft, einen bestimmten Anteil des Gewinns für ökologische Investitionen zu nutzen.
- Die Bundes-, Landes- und Gemeinderaumplanung agieren koordiniert und lenken/steuern Konzepte für Mobilität (z. B. Nahversorgung, Arbeits-, Bildungswege etc.) unter dem Blickwinkel Energieeinsparung und Lebensqualität.

Detaillierte Rückmeldungen und Stellungnahmen zum Energie-Kommuniqué wurden bisher von einigen Institutionen übermittelt. Diese Stellungnahmen finden sich im Anhang (siehe Anhang 3).

Großes Interesse wurde bei den Übergaben neben dem Inhalt des Energie-Kommuniqué auch der Methode „BürgerInnenkonferenz“ entgegengebracht.

8 MEDIENBEGLEITUNG UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Den Prozess begleitend gab es auf Radio Österreich 1 wissenschaftliche Sendungen zum Thema Energie und zur BürgerInnenbeteiligung. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse der BürgerInnenkonferenz in aktuellen Nachrichtenformaten vorgestellt und im Rahmen einer Dimensionen-Sendung umfangreich aufbereitet.

Auf www.risikodialog.at gab es durchgehend die Möglichkeit, sich über den derzeitigen Stand der Debatte, über aktuelle Studien, Risikoeinschätzungen und Dialogbeispiele sowie über wichtige Akteurinnen und Akteure zu informieren. Darüber hinaus wurde der gesamte Prozess von der Themenfindung in Fokusgruppen über den Science Event bis zur BürgerInnenkonferenz anschaulich und nachvollziehbar abgebildet. Weiters wurden Interviews mit fachspezifischen ExpertInnen geführt und auf www.risikodialog.at zugänglich gemacht.

Eine Kooperation mit <http://science.orf.at/> hat es ermöglicht, laufend aktuelle wissenschaftliche Beiträge zum Thema Energie bereitzustellen.

Die Öffentlichkeitsarbeit zum Dialog „Risiko Energiegesellschaft“ beinhaltete sowohl Medien- und JournalistInnenbetreuung als auch Medienbeobachtung. Die bisherige Medienresonanz des Prozesses zeigt die folgende Liste:

Medienresonanz

Datum	Medium/Agentur	Titel
23.10.2008	ORF ON Science	Science Event: Risiko Energiegesellschaft
27.10.2008	ORF ON Science	Was sind die erneuerbaren Energien?
28.10.2008	ORF ON Science	40 Prozent weniger Energieverbrauch mit heutiger Technik
30.10.2008	Der Standard	Veränderung der Energiekultur nötig
31.10.2008	ORF ON Science	Maximal 30 Prozent der Energie aus Bio-Quellen
04.11.2008	ORF ON Science	Atomkraftwerke: Man baut wieder
05.11.2008	Live-PR.com	Nachlese: Risiko:dialog Um Welt & Mensch – Risiko Energiegesellschaft
06.11.2008	ORF ON Science	Schwerpunkt Energiegesellschaft
24.11.2008	ORF ON Science	Wärmekraft aus Ozeanwasser
25.11.2008	derStandard.at	Viel mehr Geld für erneuerbare Energien
09.12.2008	ORF ON Science	Da werden persönliche Angriffe gefahren
19.12.2008	ORF ON Science	Effizienz allein ist zu wenig
07.01.2009	ORF ON Science	Post-fossile Gesellschaft braucht Revolution
23.01.2009	ORF ON Science	Energiequellen im Vergleich: Platz 1 für Windräder
04.02.2009	umweltbundesamt.at	Neue Perspektiven: BürgerInnenkonferenz
11.02.2009	ORF ON Science	Erdwärme: Fundamentale Energiequelle
20.02.2009	ORF ON Science	Bioenergie: ja – aber richtig!
01.03.2009	ZSI – Zentrum für soziale Innovation	Ressourcen im Risiko:dialog – BürgerInnenkonferenz zum Thema Risiko Energiegesellschaft
01.03.2009	Ökobüro	Risiko:dialog – BürgerInnenkonferenz zum Thema Risiko Energiegesellschaft
01.03.2009	oe1.orf.at	Ankündigung Radiokolleg Partizipation

Ressourcen im Risiko:dialog – Medienbegleitung und Öffentlichkeitsarbeit

Datum	Medium/Agentur	Titel
09.03.2009	ORF ON Science	Eine Welt ohne fossile Energieträger ist derzeit unmöglich
13.03.2009	Infoscreen U-Bahn Wien	Zwei Konsensuskonferenzen gibt es im März in Wien
13.03.2009	ORF ON Science	Was können Konsensuskonferenzen?
15.03.2009	ORF ON Science	Digitale Demokratie
16.03.2009	Radio Österreich 1	Radiokolleg Partizipation
17.03.2009	Radio Österreich 1	Radiokolleg Partizipation
18.03.2009	umweltbundesamt.at	Risiko:dialog: Erster Teil der BürgerInnenkonferenz
18.03.2009	Radio Österreich 1	Radiokolleg Partizipation
19.03.2009	Radio Österreich 1	Radiokolleg Partizipation
20.03.2009	ORF ON Science	Erneuerbare Energien allein reichen nicht
02.04.2009	OTS	Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz: Risiko Energiegesellschaft Utl.: Mut und Weitsicht als Empfehlungen an Politik, Wirtschaft und die/den Einzelne/n
02.04.2009	Der Standard	USA legen CO ₂ -Sparprogramm vor – Bürger- und BürgerInnenkonferenz ruft in Österreich zu nachhaltigem Handeln auf
02.04.2009	derStandard.at	USA legen CO ₂ -Sparprogramm vor – Bürger- und BürgerInnenkonferenz ruft in Österreich zu nachhaltigem Handeln auf
02.04.2009	umweltbundesamt.at	Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz Risiko Energiegesellschaft
02.04.2009	klimaaktiv.de	Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz Risiko Energiegesellschaft
02.04.2009	Live-PR.com	Risiko:dialog – BürgerInnenkonferenz zum Thema Risiko Energiegesellschaft
02.04.2009	ORF ON Science	Welches Energiesystem sich die Bürger wünschen
02.04.2009	OTS Die Grünen	Österreichs BürgerInnen wollen mutige Energiepolitik
02.04.2009	OTS Landeskorrespondenz NÖ	Energie-Kommuniqué an Politik, Wirtschaft und den Einzelnen
02.04.2009	www.co2-handel.de	Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz: Risiko Energiegesellschaft
03.04.2009	ökonews.at	Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz: Risiko Energiegesellschaft
03.04.2009	Oe1.orf.at	Zweitwagen, Klima-Anlage oder Standby-Knopf
03.04.2009	Radio Österreich 1 Dimensionen	BürgerInnenkonferenz Risiko Energiegesellschaft
03.04.2009	heissezeiten.com	Bürgerkonferenz Risiko Energiegesellschaft
06.04.2009	Oekobuero.at	Neue Perspektiven - neue Ideen: BürgerInnenkonferenz zum Thema Risiko Energiegesellschaft
09.04.2009	Umweltdachverband	BürgerInnenkonferenz Risiko Energiegesellschaft: BürgerInnen wollen nachhaltige Energiepolitik und sind bereit, einen Beitrag zu leisten
09.04.2009	UnternehmerWeb	Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz: Risiko Energiegesellschaft
16.04.2009	Raiffeisenzeitung	Menschen sind bereit, den eigenen Lebensstil zu ändern
19.04.2009	Die Umweltberatung	BürgerInnenkonferenz Risiko:dialog: Ergebnisse zum Thema Energie

9 AUSBLICK

Neben diesem Bericht wird auf der Seite www.risikodialog.at eine umfassende Dokumentation der BürgerInnenkonferenz zur Verfügung stehen.

Folgende weitere Schritte sind geplant:

- Weitere Aufarbeitung der Diskussion der Ergebnisse mit Stakeholdern und Einholen weiterer Stellungnahmen.
- Die Ergebnisse der Konferenz und der Nachbereitungsphase werden in die Arbeit der Initiative Risiko:dialog einfließen, Aktuelles dazu findet sich unter www.risikodialog.at.
- Sozialwissenschaftliche Begleitstudie zur BürgerInnenkonferenz.
- Analyse der Empfehlungen hinsichtlich der Fragen, in welche fachlichen Arbeiten des Umweltbundesamt diese einfließen können.
- Weiterhin Öffentlichkeitsarbeit zur Nachbereitung der BürgerInnenkonferenz.
- Anfang 2010 wird es eine Evaluierung der Empfehlungen geben, d. h. es wird zu jeder Empfehlung der BürgerInnen der aktuelle Status im Vergleich zum Stand vor der BürgerInnenkonferenz erhoben und online zur Verfügung gestellt.
- Im März 2010 werden die TeilnehmerInnen der BürgerInnenkonferenz zu Veränderungen in ihrem Umgang mit Energie bzw. zu ihrem Lebensstil generell befragt. Die Ergebnisse der Umfrage werden auf www.risikodialog.at vorgestellt.

10 LITERATURVERZEICHNIS

- STATISTIK AUSTRIA (2008): Gesamtenergiebilanz 1970–2007. Statistik Austria.
http://www.statistik.at/web_de/static/gesamtenergiebilanz_1970_bis_2007_det ailinformation_029955.xls.
- UMWELTBUNDESAMT (2007): Umweltsituation in Österreich. Achter Umweltkontrollbericht. Umweltbundesamt, Wien.
http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/umweltkontrolle/2007/UKB-8_12-Energie.pdf.
- BUNDESKANZLERAMT ÖSTERREICH (2007): Regierungsprogramm 2007–2010.
<http://www.austria.gv.at/DocView.aspx?CobId=19542>.
- OEKONEWS (2008): Europäisches Parlament verabschiedet EU-Klimapaket. Ökonews am 17.12.2008. http://www.okeonews.at/index.php?mdoc_id=1035825.
- BRUCKMÜLLER, E. (2005): Wurzeln des modernen Parlamentarismus. Parlament der Republik Österreich.
www.parlament.gv.at/SK/VLESESAAL/PARL/Bruckmueller_Wurzeln%20Parl amentarismus.pdf.
- ÖAW – Österreichische Akademie der Wissenschaften (2006): Bogner, A.: Partizipative Politikberatung am Beispiel der BürgerInnenkonferenz 2003 (Analyse). Endbericht des Instituts für Technikfolgenabschätzung (ITA) im Auftrag des Rates für Forschungs- und Technologieentwicklung und des Wiener Technologiefonds.
http://epub.oeaw.ac.at/ita-projektbericht;link=%2F0xc1aa500d_0x0010b250?frames=yes&doidentity=true.
- BECK, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne; edition suhrkamp, Frankfurt/M.
www.single-generation.de/wissenschaft/soziologie/ulrich_beck_risiko-gesellschaft.htm.
- KIESELBACH, T. & BEELMANN, G. (2003): Arbeitslosigkeit als Risiko sozialer Ausgrenzung bei Jugendlichen in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Ausgabe 6–7/2003.
- TEKNO – Teknologie-Rådet (o. J.): Homepage des “danish board of technology”.
http://www.tekno.dk/subpage.php3?page=statisk/uk_about_us.php3&language=uk&topic=aboutus.
- LAZARSFELD, P. F.; BERELSON, B. & GAUDET, H. (1968) [Original 1944]: The People’s Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign. New York – London.

11 ANHANG

Anhang 1:

Energie-Kommuniqué – Abschlussdokument der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“ das 45 Empfehlungen an die/den Einzelne/n, Wirtschaft und Politik zum Umgang mit Energie enthält.

Anhang 2:

Übergabetermine des Kommuniqués der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“ und AdressatInnen

Anhang 3:

Reaktionen und Antwortschreiben der AdressatInnen des Energie-Kommuniqués

Anhang 4:

Vom Planungs- und Begleitgruppenpartner ÖKOBÜRO erarbeitete Liste der ExpertInnen aus den Bereichen Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und NGO, die sich vorab bereit erklären hatten, Fragen der BürgerInnen zu beantworten.

Anhang 5:

Programmfolder Science Event „Risiko Energiegesellschaft“, Veranstaltung der Initiative Risiko:dialog im RadioKulturhaus am 28. Oktober 2008

ANHANG 1

Energie-Kommuniqué

Abschlussdokument der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“ das 45 Empfehlungen an die/den Einzelne/n, Wirtschaft und Politik zum Umgang mit Energie enthält.

Risiko:dialog

Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“

	Prozent der Zustimmung	Abgegebene Stimme von 32
Empfehlung für die Einzelne/für den Einzelnen		
Jede/r Einzelne schärft sein/ihr Problembewusstsein in Bezug auf die negative Auswirkungen des eigenen Handelns durch Einholen von Informationen. Vor allem in den Bereichen Ernährung, Konsumverhalten, individuelle Mobilität.	100	30
Jede/r Einzelne reduziert durch bewussten Einkauf und Konsum den Energieverbrauch und übt gleichzeitig Druck auf den Handel aus.	100	30
Jede/r Einzelne bezieht Energie aus erneuerbaren Energiequellen.	100	27
Der/die Einzelne verändert seinen/ihren Lebensstil und sein/ihr Konsumverhalten auf Grund von konkreten Fallbeispielen mit Daten und Fakten.	97	31
Der/die Einzelne setzt Mobilität effizient ein und nutzt unterschiedliche Verkehrs- und neue Kommunikationsmittel.	97	31
Der/die Einzelne trifft Kaufentscheidungen auf Basis des ökologischen Fußabdrucks eines Produktes oder einer Dienstleistung.	97	30
Jede/r Einzelne steigt je nach Möglichkeit auf Ökoenergie um, z.B. Ökostrom, Ökoheizung, ökologische Treibstoffe.	97	30
Der/Die Einzelne denkt und agiert im Konsumverhalten längerfristig (und) unternehmerisch und akzeptiert übergeordnete Ziele.	97	29
Der/Die Einzelne nutzt unabhängige Information und Beratung.	93	29
Jede/r Einzelne nutzt öffentliche Verkehrsmittel, wo sie zur Verfügung stehen, und bildet Fahrgemeinschaften, wo es keine Öffis gibt.	93	28
Der/Die Einzelne vermeidet Müll und nützt Reperaturmöglichkeiten.	90	31
Jede/r Einzelne reduziert Müll z.B. indem er/sie die Verpackungen im Geschäft lässt.	89	27
Der/Die Einzelne übernimmt einen Kostenanteil für eine verpflichtende, zunächst jährliche Energieberatung für den gesamten Energieverbrauch des eigenen Haushalts. (Heizung, Wasser, Strom, Auto, etc.)	64	28
Der/Die Einzelne leistet einen finanziellen Beitrag, der transparent und regional für nachhaltige Energiekonzepte verwendet wird.	64	25

Risiko:dialog

Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“

	Prozent der Zustimmung	Abgegebene Stimme von 32
Empfehlung für die Politik		
Die Politik schafft Bewusstsein für Kostenwahrheit durch Vorschriften zur einheitlichen Produktkennzeichnung (Energieverbrauch, CO2 Ausstoß. z.B.: ökologischer Fußabdruck), und durch Nachhaltigkeitschecks bei Eigeninvestitionen (Schweizer Modell) und durch kostenlose Energiechecks für private Haushalte.	100	32
Der Staat lebt und setzt seine Vorbildwirkung bei Energieeinsparung und Verkehrsmittelwahl im öffentlichen Bereich glaubwürdig um.	100	31
Der Energieversorgungsplan existiert, die verpflichtenden Ziele werden evaluiert und kontrolliert, und damit wesentliche Verbesserungen im Bereich erneuerbarer Energie und Energieversorgung erzielt.	100	30
Die Bundes-, Landes- und Gemeinderaumplanung agieren koordiniert und lenken/steuern Konzepte für Mobilität, z.B. Nahversorgung, Arbeits-, Bildungswege, etc. unter dem Blickwinkel Energieeinsparung und Lebensqualität.	100	30
Die Politik schafft österreichweit einheitliche Standards z.B.: in den Bereichen Ökoenergie, Bauordnung (z.B. Erneuerbare Energien Gesetz Deutschland). Die besten Modelle aus den Bundesländern bundesweit anwenden.	100	29
Die Politik kommt ihrem Bildungsauftrag - Sensibilisierung im Umweltbereich - verstärkt nach, z.B. in Schulen, über Medien.	100	27
Politik ermöglicht eine kostenlose Nutzung des öffentlichen Verkehrs für ein Jahr und überprüft die Auswirkung dieser Maßnahme auf das allgemeine Verkehrsaufkommen.	100	26
In einem Finanzierungsmodell für Private sichert der Staat die Vorfinanzierung ab.	97	30
Die Forschungsgelder werden drastisch erhöht.	97	29
Energie-Contracting für Private in Verbindung mit der Erneuerung von Heizungsanlagen, Dämmung und dem Einsatz erneuerbarer Energie ist eingeführt und leistbar.	97	29
Die Politik verpflichtet die Wirtschaft, einen bestimmten Anteil des Gewinns für ökologische Investitionen zu nutzen.	97	28
Die Politik verstärkt langfristig durch Interventionen die Kooperationen von Unternehmen bei energiesparenden Projekten.	96	27
Jedes Ministerium führt ein ressorteigenes Projekt zur Reduktion des Energieverbrauchs durch.	96	26
Ein neues Unterrichtsfach „Energie & Klima“ wird eingeführt.	89	28
Die Politik hat Mut zu unpopulären Maßnahmen, wie etwa Dieselsteuer, Qualitätssicherung und Kontrolle im Straßenbau, nennenswerte Bußgelder für Unternehmen und Produkte mit zu hohem Energieverbrauch und Umweltverschmutzung.	88	24
Bundesweit einheitliche Bauordnung, Förderungsrichtlinien und Vorschriften für erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind eingeführt.	86	28

Risiko:dialog

Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“

	Prozent der Zustimmung	Abgegebene Stimme von 32
Empfehlung für die Wirtschaft		
Die Wirtschaft nutzt die Wirtschaftskrise als Chance zur Umstrukturierung der Industrie in Richtung ökologischer Produktion.	100	32
Die Wirtschaft optimiert ihren Eigenenergiebedarf, z.B. Nutzung von Abwärme.	100	31
Photovoltaik wird zur Serienreife ausgebaut und damit für den/die Einzelne leistbar.	100	31
Die Wirtschaft stellt ökologische Produkte industriell her (z.B.: Solarenergie)	100	31
Der Stromtarif wird nach Verbrauch gestaffelt inklusive Leitungskosten. Je weniger Verbrauch, desto günstiger.	100	30
Die Wirtschaft kennzeichnet alle Produkte nach Energieeffizienzklassen auf Basis von Normen.	100	30
Stärkere Kooperation von Unternehmen bei Produktion, Ablauf, Energieverbrauch, Transport, etc.	100	30
Der ORF bietet regelmäßig Sendungen im Hauptabendprogramm, in denen Energie- und Klimathemen behandelt werden. Alle Medien informieren verstärkt.	100	29
Die Wirtschaft bietet ein breiteres Angebot an Produkten am letzten Stand der Technik für Energieeffizienz an.	100	27
Die Wirtschaft unterstützt KonsumentInnen beim ökologischen Konsum, z.B.: durch differenzierte Tarife, Kennzeichnung, Anreize für Umstieg auf Elektroautos.	100	27
Der öffentliche Verkehr, insbesondere die ÖBB, bietet flexiblere, kundenorientierte und günstigere Dienstleistungen und verbessert die Logistik, vor allem im Güterverkehr.	97	30
Die Landwirtschaft ist auf regionaler Ebene strukturiert und stellt ökologische, gentechnikfreie Produkte her.	97	30
Die Wirtschaft investiert verstärkt in Forschung.	97	29
Die Wirtschaft belohnt niedrigen Verbrauch und verteuert hohen Verbrauch.	93	27
Die Unternehmen verpflichten sich, jährlich ein Energiekonzept zu erstellen und Energiebuchhaltung zuführen. Ihre Produkte weisen sie mit dem ökologischen Fußabdruck aus. Beides wird für Werbezwecke verwendet.	90	31

ANHANG 2

Übergabetermine des Kommuniqués der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“ und AdressatInnen.

Ressourcen im Risiko:dialog – Anhang 2

**Termine für die Übergabe des Kommuqué der BürgerInnenkonferenz
"Risiko Energiegesellschaft" (Stand September 2009)**

Datum	Uhrzeit	Institution		
Landesregierungen				
30.03.2009	12:00 - 12:30	Landesregierung Oberösterreich	Landesrat für Umwelt, Energie, Wasser und KonsumentInnenschutz	Rudolf Anschober
			Mitarbeiter der Landesregierung	Michael Nagl
30.03.2009	12:15 - 12:45	Landesregierung Niederösterreich	Landesrat für Umwelt	Stephan Pernkopf
			Öffentlichkeitarbeit	Tessa Brandl
30.03.2009	15:00 - 16:00	Landesregierung Salzburg	Landesrat für Umwelt	Sepp Eisl
			Mitarbeiter Landesregierung	Christoph Gappmeier
01.04.2009	11:30 - 12:30	Landesregierung Vorarlberg	Landesrat für Umwelt und Energie	Erich Schwärzler
			Landesenergiebeauftragter	Adi Gross
21.09.2009	15:00 - 16:00	Büro der Vizebürgermeisterin Landeshauptmann-Stellvertreterin Renate Brauner	Energiebeauftragter der Stadt Wien	Andreas Eigenbauer
			Referent	Stephan Stüger
Interessenvertretungen				
30.03.2009	09:00 - 09:30	Österreichischer Gewerkschaftsbund	Leiter Referat für Volkswirtschaft	Georg Kowarik
			Referat Humanisierung, Technologie, Umwelt	Karin Zimmermann
31.03.2009	09:00 - 11:00	Industriellenvereinigung Österreich	Vize Generalsekretär, Bereichsleiter Industriepolitik	Peter Koren
			stellvertretender Leiter des Bereichs; Industriepolitik; Umweltpolitik; Klimaschutz; Kyoto	Dieter Drexel
			Trainee	Daphne Frankl
			Infrastruktur	Florian Frauscher
			Energiepolitik, Ökostrom	Christina Fürnkranz
			Globalisierung und Osteuropa; Energieforschung	Isabella Meran-Waldstein
			Geschäftsführer respACT Austria	Roman Mesicek
			Bereichsleiter Marketing & Kommunikation	Christoph Neumayer
			IKT; Post; Zuckermarkt, Ladenschluss; KMU	Monika Schuh
31.03.2009	10:00 - 11:00	Landwirtschaftskammer Österreich	Generalsekretär der Landwirtschaftskammer	August Astl
			Energiereferent	Kasimir Nemestothy
01.04.2009	14:00 - 15:00	Wirtschaftskammer Österreich	Leiter Abteilung Umwelt- und Energiepolitik	Stephan Schwarzer
			Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik	Axel Steinsberg
			Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik	Benedikt Ennser
			Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik	Christiop Haller
			Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik	Markus Susnik

Datum	Uhrzeit	Institution	
16.04.2009	09:00 - 13:00	WORKSHOP für Nichtregierungsorganisationen (NGO)	
		atomstopp	Obmann
		die umweltberatung	Leiter der Beratungsstelle Wr. Neustadt
		Global 2000	Energiereferent
		Plattform Footprint	Geschäftsführer
		Umweltdachverband (UWD)	Geschäftsführer
		Klimabündnis	Regionalstellenleiter
		Ökosoziales Forum (ÖSF)	Geschäftsführer
		World of NGOs	Gründerin und Vorsitzende
		ÖKOBÜRO	Geschäftsführer
		ÖKOBÜRO	Projektleiterin
17.04.2009	13:30 - 14:30	Arbeiterkammer Österreich	Abteilung Umwelt und Verkehr
			Abteilungsleitung Wirtschaft
			Abteilung Wirtschaftspolitik
			Stv. Leiter Abteilung Umwelt
			Abteilung Energie

Bundesministerien

Ministerbüros

30.03.2009	15:00 - 15:30	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	Ministerbüro: Wasserstraßen, KLIEN, Umwelt, Energie	Claudia Cernohuby
01.04.2009	13:30 - 14:30	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung	Ministerbüro: Wissenschaft und Forschung	Hans-Joachim Sorger
			Leitung der Abteilung für Umweltsystemwissenschaften, Forschungs-Bildungskooperation	Christian Smoliner
01.04.2009	15:30 - 16:30	Bundesministerium für Finanzen	Ministerbüro: Parlamentarische Angelegenheiten, Gleichbehandlung, Klima- und Umweltpolitik	Veronika Mickel
02.04.2009	10:30 - 11:00	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	Ministerbüro: Klimaschutz, Energie, Biomasse, Biotreibstoffe, Umweltökonomie, Verkehr/Mobilität, Umwelthaftung, UVP, Anlagenbezogener Umweltschutz, LURK	Josefine Sinkovits
in Vorbereitung		Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	Ministerbüro: Energie, Bergbau	Gerhard Langeder

Generalsekretäre

28.04.2009	08:30 - 09:30	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	Generalsekretär des BMVIT	Herbert Kasser
------------	---------------	--	---------------------------	----------------

Ressourcen im Risiko:dialog – Anhang 2

Datum	Uhrzeit	Institution		
Sektionen				
16.04.2009	14:00 - 15:30	WORKSHOP mit: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	Sektionschef der Sektion V - Allgemeine Umweltpolitik Abteilungsleiter Stoffbezogener Umweltschutz Abteilung Umweltökonomie und Energie Abteilung Immissions- und Klimaschutz Abteilung Verkehr / Mobilität / Siedlungswesen / Lärm	Günter Liebel Thomas Jakl Martina Schuster Helmut Hojesky Veronika Holzer
		und Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	Sektionsleiter Sektion IV - Energie und Bergbau Sektion IV/2 - Energie-Grundsatzangelegenheiten	Alfred Maier Margarete Dal-Bianco
21.04.2009	08:30 - 09:30	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	Generalsekretär Sektionschef der Sektion II - Nachhaltigkeit und ländlicher Raum Abteilungsleiter der Abteilung Agrarpolitische Grundlagen, Sektionsleiter-Stellvertreter der Sektion Nachhaltigkeit und ländlicher Raum	Reinhard Mang Rupert Lindner
23.04.2009	14:00 - 15:00	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	Abteilung Energie- und Umwelttechnologien	Michael Paula
Parlamentsfraktionen				
30.03.2009	17:00 - 18:00	Grüner Parlamentsklub	Umwelt- und Energiesprecher Leiter Kommunikation Referent für Umwelt- und Energiepolitik Referent Verkehr, Tourismus, Post/Telekommunikation, Natur- und Alpenschutz	Christiane Brunner Oliver Korschil Andreas Veigl Reinhard Gschöpf
30.03.2009	17:30 - 19:00	Parlamentsklub der ÖVP	ÖVP-Umweltsprecher und NÖ-Landwirtschaftskammerpräsident	Hermann Schultes
31.03.2009	14:30 - 15:30	Parlamentsklub des BZÖ	Energiesprecher	Widmann Rainer
01.04.2009	10:00 - 10:30	Freiheitlicher Parlamentsklub	Umwelt- und Energiesprecher	Norbert Hofer
24.04.2009	09:00 - 10:00	Parlamentsklub der SPÖ	Umweltsprecherin	Petra Bayr
Weitere				
06.04.2009	14:00 - 16:00	Initiative Risiko:dialog - Strategiegruppe	BMVIT Verbund - Austrian Power Grid AG Vizedirektor BOKU Radio Österreich 1 Wissenschaft stv. Geschäftsführer Umweltbundesamt Kommunikation, Marketing, Organisation Umweltbundesamt Risiko:dialog, Umweltbundesamt Risiko:dialog, Umweltbundesamt	Alexander Pogany Karl Freynschlag Martin Gerzabek Martin Bernhofer Karl Kienzl Monika Mörth Silvia Benda-Kahri Sabine Enzinger
16.04.2009			Umweltanwältin	Ute Pöllinger
06.05.2009	09:00 - 10:00	EVN	Vertrieb, Haushalte Energieeffizienz Marketing und Produktmanagement Energiedienstleistungen	Barbara Breyer Andrea Edelmann Harald Prokschy Christian Sutrich
30.07.2009	14:00 - 15:30	Verbund	Umwelt und Forschung Umwelt und Forschung	Wolfgang Pell Jan Cupal

ANHANG 3

Reaktionen und Antwortschreiben der AdressatInnen des Energie-Kommuniqués.

Stellungnahme von Büro Landesrat Dr. Stephan Pernkopf zum Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“

Das gewählte Format einer BürgerInnenkonferenz ist generell sehr begrüßenswert, da es im Zuge der fachlichen Auseinandersetzung zu einer Identifikation mit dem Thema und damit zu einer starken Motivation der TeilnehmerInnen kommt. Weiters ist durch die Kooperation mit dem ORF und den Printmedien eine entsprechende Breitenwirkung sichergestellt.

Durch die intensive thematische Arbeit werden die BürgerInnen jedoch vorgebildet, wodurch es zu sehr einheitlichen Ergebnissen kommt, die aufgrund der geringen Schwankungsbreiten nicht gut differenzierbar sind. Aus dieser Sicht ist die Aussagekraft der Präsentation Risiko:dialog zu relativieren.

Dennoch sind die Ergebnisse für die politischen Entscheidungsträger von großem Interesse. Der Appell der Teilnehmer an Wirtschaft und Politik, weitsichtig zu planen, verstärkt Informationsarbeit zu leisten und mutige Entscheidungen zu treffen, bestärkt das Land NÖ in seiner Vorgehensweise im Bereich der Klima- und Energiepolitik.

Viele der Empfehlungen finden sich in ähnlicher Weise im NÖ Klimaprogramm wieder, wie z.B. der weitere Ausbau von Informations- und Beratungsangeboten für BürgerInnen, Unternehmen und Gemeinden, die Vorbildwirkung im öffentlichen Bereich bzw. die Forcierung erneuerbarer Energieträger.

Wichtig für das Land NÖ sind auch die Botschaften an die Wirtschaft, die Wirtschaftskrise als Chance zur Umstrukturierung in Richtung Ökologisierung zu nutzen, den Eigenenergiebedarf der Wirtschaft zu optimieren und Photovoltaik zur Serienreife auszubauen und damit für den/die Einzelne/n leistbar zu machen - ökologische Produkte werden Serienprodukte. Diese Empfehlungen können speziell für die Meinungsbildung innerhalb der Wirtschaft von Interessen sein.

Die Erwähnung eines Energieversorgungsplanes und verpflichtender Ziele in diesem Plan sind grundsätzlich zu begrüßen, gehen aber weit an den niederösterreichischen Möglichkeiten vorbei.

Die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand ist ein wichtiges Anliegen, zu dem sich auch das Land NÖ in Form von zahlreichen Beschlüssen und Maßnahmen bekennt (z.B. Pflichtenheft für Landesgebäude, Energiebuchhaltung in Landesgebäuden, Optimierung der landeseigenen Beschaffung, etc.).

Weiters wird sowohl im Bereich der Wirtschaft als auch in der Politik ein verstärktes Maß an Transparenz, Information, Vereinheitlichung und Kostenwahrheit empfohlen. Wichtige erste Schritte in diese Richtung sind aus der Sicht Niederösterreichs die Schaffung eines attraktiven Ökostromgesetzes sowie die aktive Einbindung der Länder in die Erarbeitung der Energiestrategie und eines Klimaschutzgesetzes.

Antwortschreiben von Landesrat Rudi Anschober zum Übergabetermin des Kommuniqués der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“ - Empfehlungen für die Politik

Sehr geehrte Frau Friedbacher!

Bezugnehmend auf unser Gespräch vom Montag, 31. März 2009 möchte ich mich für die Informationen und den offenen Dialog sehr herzlich bedanken. Wie zugesagt möchte ich die Gelegenheit nutzen, zu den Empfehlungen der BürgerInnenkonferenz an die Politik kurz Stellung zu nehmen, um darzulegen, welche Aktivitäten das Land Oberösterreich in diesem Bereich setzt.

- 1. Die Politik schafft Bewusstsein für Kostenwahrheit durch Vorschriften zur einheitlichen Produktkennzeichnung (Energieverbrauch, CO₂-Ausstoß, ökologischer Fußabdruck), und durch Nachhaltigkeitschecks bei Eigeninvestitionen (Schweizer Modell) und durch kostenlose Energiechecks für private Haushalte.*

Dieses Ziel unterstütze ich voll und ganz, kann jedoch nur auf EU-Ebene, bzw. durch die Bundesregierung verwirklicht werden. Ich darf aber anmerken, dass es in Oberösterreich bereits jetzt für alle BürgerInnen die Möglichkeit gibt beim Oö. Energiesparverband (der Landesenergieagentur) eine kostenlose Vorortberatung in Anspruch zu nehmen.

- 2. Der Staat lebt und setzt seine Vorbildwirkung bei Energieeinsparung und Verkehrsmittelwahl im öffentlichen Bereich glaubwürdig um.*

Das Land Oberösterreich setzt verstärkt auf die Wirkung von Leuchtturm- bzw. energiepolitischen Pilotprojekten, um einerseits vor Ort den Stand der Technik aufzuzeigen und andererseits den BürgerInnen zu zeigen, dass die öffentliche Hand mit Vorbildwirkung im Bereich Energieeffizienz vorangeht. Ein weiterer Nebeneffekt ist die positive Wirkung auf die heimische Ökoenergiewirtschaft, welche davon profitiert, neue Technologien und neue Effizienzstandards direkt vor Ort in der Region umsetzen zu können. Einige Beispiele für diese energiepolitischen Leuchtturmprojekte sind: Passivhausmusikschule Wolfen, Passivhauskindergarten Lengau, Landwirtschaftliche Fachschule in Altmünster in Passivhausausführung, Passivhausausführung Bruckner Universität, Passivhauspflegeheim Vogelweide in Wels, Passivhauspflegeheim Rudigier in Linz, Passivhausstandard der Energie-AG-Konzernzentrale, solare Kühlung bei der Bezirkshauptmannschaft Rohrbach, Sanierung auf Passivhausstandard der Hauptschule Schwanenstadt, Pressekonferenz CO₂-Reduktion im Bereich Landesgebäude und zahllose weitere Projekte.

Ressourcen im Risiko:dialog – Anhang 3

3. *Der Energieversorgungsplan existiert, die verpflichtenden Ziele werden evaluiert und kontrolliert, und damit wesentliche Verbesserungen im Bereich erneuerbarer Energie und Energieversorgung erzielt.*

Das Land Oberösterreich hat im Oktober 2007 mit einem Regierungsbeschluss klare energiepolitische Ziele bis zum Jahr 2030 formuliert. Darin wurde u.a. formuliert im Bereich Raumwärme und Strom den Energieverbrauch im Jahr 2030 zu 100 % mit erneuerbaren Energieträgern abzudecken. Dies hätte zur Folge die CO₂-Emmission in Oberösterreich um bis zu 65 % zu reduzieren. Aktuell wird ein weiterer Regierungsbeschluss mit 144 konkreten Maßnahmen zur Zielerreichung vorbereitet. Diese 144 Maßnahmen wurden von einer Arbeitsgruppe, in der alle maßgeblichen Stakeholder im Energiesektor beteiligt werden, erarbeitet. Mit dieser Energieplanung 2030 und den verbindlichen Zielen hat sich Oberösterreich als ein der ersten Regionen Europas voll zur Energiewende bekannt und setzt diese auch ganz konkret um.

4. *Die Bundes-, Landes- und Gemeinderaumplanung agieren koordiniert und lenken/steuern Konzepte für Mobilität unter dem Blickwinkel Energieeinsparung und Lebensqualität.*

Im Bereich Raumordnung gibt es auch in Oberösterreich noch immer großen Nachholbedarf. Aus den Problemen der Vergangenheit gilt es zu lernen und daher planen wir für die nächste Legislaturperiode einen Schwerpunkt auf die Neuordnung der Raumordnung bzw. die entsprechenden Bewilligungsverfahren zu setzen.

5. *Die Politik schafft österreichweit einheitliche Standards z. B. in den Bereichen Ökoenergie, Bauordnung. Die besten Modelle aus den Bundesländern bundesweit anwenden.*

Dieses Ziel richtet sich in erster Linie an die Bundesregierung und wird von mir unterstützt.

6. *Die Politik kommt ihrem Bildungsauftrag – Sensibilisierung im Umweltbereich – verstärkt nach, z. B. in den Schulen, über Medien.*

Ich unterstütze diesen Punkt vollinhaltlich. Wir versuchen in Oberösterreich diese Themen sehr intensiv zu kommunizieren und die Bewusstseinsbildung in diesen Bereichen voranzutreiben. Einige Beispiele für unsere Aktivitäten sind die zahllosen Schulprojekte von Klimabündnis und Energiesparverband, der Energybus (ein Science-Center auf Rädern) und das Science-Center, welches in Wels demnächst errichtet wird.

7. *Politik ermöglicht eine kostenlose Nutzung des öffentlichen Verkehrs für ein Jahr und überprüft die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf das allgemeine Verkehrsaufkommen.*

Diese Forderung wird in Expertenkreisen bereits intensiv diskutiert, wir überlegen sehr stark dieses Ziel in die Regierungsverhandlungen der nächsten Legislaturperiode mit aufzunehmen.

8. *In einem Finanzierungsmodell für Private sichert der Staat die Vorfinanzierung ab.*

In Oberösterreich wird in diesem Sektor der Vorfinanzierung sehr stark auf das Instrument Contracting gesetzt, welches sich bei Gemeinden und Betrieben bereits gut bewährt und derzeit für Privatpersonen unmittelbar vor der Umsetzung steht.

9. Die Forschungsgelder werden drastisch erhöht.

Im Regierungsübereinkommen der Oö. Landesregierung im Jahr 2003 wurde vereinbart ein Ziel der Anhebung F&E-Quote für Oberösterreich auf 3 % des BIP anzustreben.

10. *Energie-Contracting für Private in Verbindung mit der Erneuerung von Heizanlagen, Dämmung und dem Einsatz erneuerbarer Energie ist eingeführt und leistbar.*

Erst vor wenigen Wochen wurde die Wohnbauförderung in Oberösterreich mit einem Schwerpunkt thermische Gebäudesanierung novelliert. Neben attraktiven Anreizen für eine thermische Sanierungsoffensive wurde die Möglichkeit geboten Energieeinspar- und Energieanlagen-Contracting im privaten Wohnbaubereich – speziell im Sanierungsbereich – einzuführen. Auf die bereits im Gespräch am 31. März angesprochene erhöhte Heizkesseltauschförderung beim Umstieg von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energieträger in der Höhe von bis zu 4.500,-- Euro wird abermals hingewiesen.

11. *Die Politik verpflichtet die Wirtschaft, einen Anteil des Gewinns für ökologische Investitionen zu nutzen.*

Diese politische Zielsetzung werden wir uns in unsere strategischen Überlegungen mit aufnehmen.

12. *Die Politik verstärkt langfristig durch Interventionen die Kooperationen von Unternehmen bei energiesparenden Projekten.*

In Oberösterreich wird seit dem Jahr 2000 der Ökoenergiecluster, ein Netzwerk von Unternehmen im Bereich erneuerbarer Energieträger und Energieeffizienz, durch das Land Oberösterreich sehr intensiv gefördert. Einer der Schwerpunkte dieses Clusters ist die Organisation und Betreuung von Kooperationsprojekten für Unternehmen, damit diese in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger durch gemeinsame Projekte und gemeinsame Marktauftritte ihre Chancen am nationalen und internationalen Markt verbessern.

Ressourcen im Risiko:dialog – Anhang 3

- 13. Jedes Ministerium führt ein ressorteigenes Projekt zur Reduktion des Energieverbrauchs durch.*

In Oberösterreich wurde auf meine Anregung hin von allen Landesregierungsressorts ein Klimapaket unterzeichnet. Dieser Klimapakt umfasst die freiwillige Selbstverpflichtung aller Regierungsmitglieder in ihrem Ressorts Projekte zum Thema Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger umzusetzen. Derzeit befinden wir uns mitten in der Umsetzungsphase und evaluieren bereits die ersten Ergebnisse dieses Prozesses. Ergänzend dazu möchte ich anmerken, dass das Bürogebäude des Umweltressorts im Jahr 2008 die EMAS-Zertifizierung erfolgreich abgeschlossen hat.

- 14. Ein neues Unterrichtsfach „Energie & Klima“ wird eingeführt.*

Ich halte diesen Input für absolut unterstützenswert und werde diesen Punkt in die politischen Ziele der nächsten Jahre mit aufnehmen.

- 15. Die Politik hat Mut zu unpopulären Maßnahmen, wie etwa Dieselsteuer, Qualitätssicherung und Kontrolle im Straßenbau, nennenswerte Bußgelder für Unternehmen und Produkte mit zu hohem Energieverbrauch und Umweltverschmutzung.*

Diese Ziele können und sollen auf bundespolitische Ebene diskutiert und umgesetzt werden.

- 16. Bundesweit einheitliche Bauordnung, Förderrichtlinien und Vorschriften für erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind eingeführt.*

Ich unterstütze diese Zielsetzung vollinhaltlich und werde mich mit ganzer politischer Kraft dafür einsetzen, dass es zu diesen österreichweit einheitlichen Rahmenbedingungen kommt. Dies dient der Umwelt, den Konsumenten, aber auch der heimischen Wirtschaft und macht die künftige energiepolitische Arbeit planbarer und umsetzbarer.

Ich möchte mich noch einmal für die Organisation der BürgerInnenkonferenz bedanken und ersuche wie besprochen um Information über die Rückmeldungen der anderen politischen Gesprächspartner bzw. weitere Vorgangsweise des Projekts.

Mit freundlichen Grüßen

Landesrat

Rudi Anschober

Nachricht von Erich Foglar, gf. Präsident des ÖGB, an die TeilnehmerInnen der BürgerInnenkonferenz Risiko Energiegesellschaft

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Energie-Konferenz!

Vielen Dank für die Übermittlung Ihres Communiques der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“. Es freut mich sehr, dass sich interessierte Bürgerinnen und Bürger dieses durchaus komplexen Themas angenommen haben und gemeinsam so vielfältige und kreative Ideen entwickelt haben. Wir nehmen Ihre Anregungen gerne auf. Wie Sie richtig erkannt haben, kann gerade im Energiebereich jeder und jede Einzelne, ebenso wie die Politik und die Wirtschaft ihren Beitrag leisten.

Wichtig ist, Energieversorgung muss für alle Menschen in Österreich vorhanden und leistbar sein. Der ÖGB sieht deshalb die Energieversorgung als eine sehr wichtige öffentliche Dienstleistung, die der Staat federführend übernehmen soll.

Wir müssen deshalb auch im Sinne der künftigen Generationen gezielte Maßnahmen für eine nachhaltige Energieversorgung und einen nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutz treffen. Diese könnten beispielsweise folgende Bereiche umfassen:

- Die Verbesserung von Technologien bei der Erzeugung und beim Konsumieren, die uns helfen, den Energieverbrauch zu reduzieren. Dazu gehören beispielsweise auch die thermische Sanierung von Gebäuden und die Nutzung von Fernwärme. Das sind übrigens die effektivsten Methoden, um den CO₂-Ausstoss zu reduzieren.
- Die Förderung von alternativen Energiequellen, so dass wir in Zukunft auf einen ausgewogenen Mix aus traditionellen und erneuerbaren Energieträgern zurückgreifen können.
- Die Förderung von umweltschonenden, öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Oder auch die Förderung der Nahversorgung, die einerseits Arbeitsplätze in der Region schafft und andererseits auch eine nachhaltige, umweltpolitische Maßnahme darstellt.

Mit Freude habe ich gesehen, dass sich diese Maßnahmen auch in Ihren Forderungen wieder finden. Besonders kreativ fand ich zum Beispiel Ihre Idee, die öffentlichen Verkehrsmitteln ein Jahr gratis anzubieten, um die Menschen auf den Geschmack zu bringen.

Ich möchte Ihnen hiermit anbieten, dass wir – einige Vertreter und Vertreterinnen Ihrer BürgerInnenkonferenz und einige ExpertInnen aus dem ÖGB – uns einmal in aller Ruhe zusammensetzen und uns über mögliche Strategien für eine nachhaltige Energie- und Umweltpolitik austauschen.

Mit freundlichen Grüßen,

Erich Foglar

Gf. Präsident des ÖGB

Stellungnahme der Industriellenvereinigung (IV) zur BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“

Der Klimawandel und die nachhaltige Energieversorgung sind weltweite Herausforderungen, die Hand in Hand gehen und nur auf globaler Ebene zu lösen sind, gleichzeitig aber die Aktion jeder und jedes Einzelnen erfordern. Vor diesem Hintergrund ist der Dialog innerhalb einer Gesellschaft, wie er durch den „Risikodialog“ unterstützt wird, unerlässlich.

Die österreichische Industrie bekennt sich dabei klar zu ihrer Verantwortung und versteht sich auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten als Teil der Lösung dieser globalen Herausforderungen. Die österreichischen Industrieunternehmen sehen sich dabei als Motor für energieeffizientes und umweltfreundliches Wachstum und gehören heute zu den energieeffizientesten der Welt. Die heimischen Unternehmen tragen so bereits in einem hohen Maß durch besonders energieeffiziente Produktion zum Klimaschutz bei.

Trotz dieser bereits erbrachten Leistungen brauchen wir mehr denn je sinnvolle, wohldurchdachte und leistbare Maßnahmen für Klimaschutz und Energieversorgungssicherheit. Dabei sollte aus Sicht der Industriellenvereinigung der Handlungsspielraum vor allem im Bereich von Innovationen und Technologie noch stärker genutzt werden, so wie dies auch teilweise in den Empfehlungen der BürgerInnenkonferenz enthalten ist. Es gilt, noch stärker als bisher in Forschung und Entwicklung zu investieren, da neue Energie- und Umwelttechnologien der heimischen Wirtschaft und Umwelt gleichermaßen nützlich sind. Angesichts der ambitionierten EU-Umwelt- und Energieziele ist die Entwicklung und Kommerzialisierung neuer Energieleittechnologien für eine nachhaltige Energiegewinnung und effizientere Nutzung unerlässlich. Dabei sollten Schwerpunkte neben der Aufbringungsseite von Energie vor allem nachfrageseitig in den Bereichen Energieeffizienz, Energie- und Verkehrsinfrastruktur und IKT gelegt werden, wo mit neuen Produkten große Potentiale zu heben sind (z.B. Elektromobilität, Smart Grids, Energiesparchips).

Europa und Österreich brauchen dabei einen Paradigmenwechsel hin zu einer integrierten nachhaltigen Klimapolitik und Energiepolitik und einem Gleichgewicht von ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten. Eine solche Neugestaltung des Energiesystems ist einzig durch forcierte technologische Innovation erreichbar, wie sie nur durch die Industrie geleistet werden kann. Dies ist der Hintergrund vor dem die IV-Initiative „Umwelt 2020 – Energie | Effizient | Wachsen“ die Industrie noch stärker als bisher, als Motor für ein energieeffizientes und umweltfreundliches Wachstum zu positioniert (Näheres unter <http://www.iv-net.at/b1400m117>).

Grundlage des Programms „Umwelt 2020 – Energie | Effizient | Wachsen“ sind dabei nachstehende Prinzipien, deren Focus weit über die bloße Erreichung nationaler Ziele, wie sie im Mittelpunkt der Diskussion der BürgerInnenkonferenz gestanden sein dürften, hinausgerichtet ist, indem sie die globalen Herausforderungen des Klimaschutzes und der nachhaltigen Energieversorgung auf einer globalen Ebene ansprechen.

1. Globale Wirksamkeit

Die Europäische Union kann globale Herausforderungen wie den Klimawandel nicht alleine bewältigen. Diese sind nur global zu lösen. So trägt vor allem die Entwicklung innovativer Technologien auf nationaler Ebene und der weltweite Einsatz heimischer Technologien dazu bei, die treibhausrelevanten Emissionen gesamt zu reduzieren – und zwar über eine globale Hebelwirkung.

2. Langfristige Lösungen

Die Entwicklung von Zukunftstechnologien und deren wirtschaftlich erfolgreiche Vermarktung schafft heute einen zeitlichen Multiplikatoreffekt und damit einen vielfachen ökologischen Impact morgen.

3. Wirtschaftsstandort sichern

Die energieintensive Industrie ist verantwortlich für rund 170.000 attraktiver Arbeitsplätze in Österreich. Damit trägt sie damit wesentlich zum Wohlstand bei. Die energieintensive Industrie kann sich im internationalen Wettbewerb nicht zuletzt durch ein hohes Niveau im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz behaupten. Sie trägt damit mit jeder Tonne aus heimischer Produktion zur globalen Umweltentlastung bei. Gleiches gilt für jede in Österreich erzeugte MWh Energie aus hocheffizienten Kraftwerken.

4. Kosteneffizienz

Durch den ökonomischen, das heißt effizienten, Einsatz finanzieller Ressourcen werden die Kosten des notwendigen Paradigmenwechsels im Energiesystem auf einem gesellschaftlich akzeptablen Niveau gehalten. Gleichzeitig kann so die größtmögliche ökologische Wirkung erzielt werden. Daraus folgt auch, dass Energieträger dort einzusetzen sind, wo sie die höchste Produktivität entfalten. Die österreichische Industrie sieht in diesem Prinzip des wirtschaftlichen Handelns die Voraussetzung zur maximalen Reduktion negativer Umweltfolgen.

Antwortschreiben von Herrn Stephan Schwarzer (WKÖ) zum Übergabetermin des Energie-Kommuniqué

Sehr geehrte Frau Mag. Mörtl,
sehr geehrter Herr Dr. Schneider!

Herzlichen Dank für die Präsentation der Ergebnisse der BürgerInnenkonferenz zum „Risiko Energiegesellschaft“ in der WKÖ und die verteilten Unterlagen.

Wir halten die Initiative ist für besonders bemerkenswert. Die gewählte Methode gleicht einem soziologischen Experiment, wie man mit Bürgerinnen und Bürgern einen rationalen Kommunikations- und Entscheidungsprozess organisieren kann. Die im Kommuniqué veröffentlichten Ergebnisse sind wichtige Impulse zum Nach- und Weiterdenken.

Obwohl bei der Auswahl der Personen nicht auf energiepolitisches Vorwissen Rücksicht genommen wurde, zeichnen sich die Empfehlungen durch zum Teil sehr spezifische Inhalte aus, die aus dem Dialog mit den ausgewählten Experten stammen dürften (zB Nachhaltigkeitsschecks bei Eigeninvestitionen – Schweizer Modell, Erneuerbare-Energien-Gesetz Deutschland, Energie-Contracting, nach Verbrauch gestaffelte Stromtarife). Insofern geht wohl ein wesentlicher Teil des Kommuniqués auf den fachlichen Input der Experten zurück, der von den BürgerInnen als Empfehlung formuliert und per Abstimmung angenommen wurde.

Anerkennenswert ist, dass die Mitwirkenden relativ hohe Ansprüche sowohl an sich selbst aber auch an Politik und Wirtschaft stellen. So kommt deutlich die Bereitschaft zum Ausdruck, den eigenen Lebensstil und das Konsumverhalten zu ändern, übergeordnete Ziele zu akzeptieren, verpflichtende Energieberatung durchzuführen und einen nachhaltige Energiekonzepte finanziell zu unterstützen. Bei den Politikempfehlungen lässt sich generell mehr „Mut zu unpopulären Maßnahmen“ herauslesen. Auch wir in der WKÖ haben den Eindruck, dass die Politik die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, rational erklärte Belastungen und Einschränkungen einzusehen, und die Bereitschaft, daraus folgerichtig abgeleitete Maßnahmen mitzutragen, krass unterschätzt. Überzogen scheint uns die Empfehlung, wonach ein bestimmter Anteil des Gewinns für ökologische Investitionen verpflichtend zu nutzen sei.

Zugleich besteht offenbar ein sehr hoher Informationsbedarf, der sich zum Teil an die Politik (Bewusstsein für Kostenwahrheit, Bildungsauftrag) richtet, zum Teil an die Wirtschaft (Produktkennzeichnung, ORF-Sendungen). Diese Erwartungshaltung werden wir an relevante Entscheidungsträger, insbesondere im Handel, weitergeben.

Hervorzuheben ist aus unserer Sicht auch der starke Wunsch nach Kooperation und Koordination, siehe zB die Empfehlungen zu Raumplanung, einheitliche Standards und Regeln, Energieversorgungsplan, Evaluierung und Kontrolle von Zielen, Kooperation von Unternehmen ua. Inhaltlich besonders unterstreichen können wir die Forderung nach „drastischer Erhöhung“ der Forschungsgelder, um unsere technologischen Vorsprung im internationalen Wettbewerb halten und ausbauen zu können.

Zur weiteren Einordnung und Verwertung der Ergebnisse wäre es nun sicherlich interessant zu wissen, ob die getroffenen Empfehlungen verallgemeinerungsfähig sind. Würde eine Wiederholung der BürgerInnenkonferenz vergleichbare Ergebnisse bewirken? Lassen sich spezifische gruppendifferenzielle Effekte identifizieren, die einer generellen Übertragbarkeit entgegen stehen könnten? Wie hoch wäre der Informationsbedarf, um einen signifikanten Teil der Bevölkerung zu erreichen? Was davon sehen die BürgerInnen als Bringschuld von Politik und Wirtschaft, was als Holschuld?

Der nun in Österreich anlaufende Prozess zur Erarbeitung einer energiepolitischen Gesamtstrategie könnte eine Möglichkeit bieten, die Ergebnisse hier einfließen zu lassen.

Wir bitten Sie, uns über die weiteren Schritte im Rahmen Ihrer Initiative zum Risiko:dialog Energie auf dem Laufenden zu halten.

Mit freundlichen Grüßen
Stephan Schwarzer
Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik
Wirtschaftskammer Österreich

Rückmeldung von NGOs zum Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“

Sehr geehrte Frau Enzinger,

Von den NGOs wird die BürgerInnenkonferenz als wichtiges Instrument am Weg zu mehr Partizipation eingestuft und als Unterstützung für ihre Arbeit betrachtet. Inhaltlich sind die NGOs von der Qualität der Ergebnisse beeindruckt und sehen diese als Feedback zur bzw. Bestätigung der eigenen, bisherigen Arbeit aber auch als Anknüpfungsmöglichkeit für eine weitere Kommunikation mit der Politik. Die NGOs wollen geschlossener zusammenarbeiten und sich in ihrer Arbeit um die Umsetzung der Empfehlungen kümmern.

Wolfgang Pekny

Geschäftsführer Plattform Footprint
Obmann Initiative Zivilgesellschaft
Schüsselg. 2-2-9
A-1050 Wien

Gaby Pekny

Dr. Gabriele Pekny
Projektmanagement
ÖKOBÜRO
Volksgartenstraße 1
1010 Wien
www.oekobuero.at

Christiana Weidel

Mag. Christiana Weidel
The World of NGOs
Nibelungengasse 7/7
1010 Wien
Tel: +43-676 33 597 15
office@ngo.at
www.ngo.at

Reaktion der Bundesarbeitskammer zum Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“

Mit ihrem jüngst veröffentlichten Weißbuch „Herausforderungen in der Energiepolitik“ haben die österreichischen Sozialpartner zu den relevanten Bereichen der Energiepolitik konkrete Handlungsempfehlungen formuliert, die Antworten auf die Herausforderungen für die „Energiegesellschaft“ darstellen können. Die genannten Bereiche umfassen u.a. die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energieträger, aber auch Infrastrukturausbau und Energieaußenpolitik bis hin zur Forschungs- und Technologiepolitik sowie den Bereich Wettbewerb und Regulierung. Das Weißbuch stellt einen Konsens der vier Sozialpartner und der Industriellenvereinigung (IV) dar und kann damit wichtige Inputs für die „Energiestrategie Österreich“ geben.

Die Arbeiterkammer sieht – wie die anderen Sozialpartner – die Ziele Versorgungssicherheit, Kostengünstigkeit und Umweltverträglichkeit als gleichrangig auf dem Weg zu einem nachhaltigen Energiesystem. Da zwischen diesen Zielen immer wieder Widersprüche bestehen, ist es Aufgabe der Politik, diese Widersprüche aufzulösen oder zu entscheiden. Sie muss dabei rasch handeln, da die erforderlichen Veränderungen des Energiesystems lange Zeiträume in Anspruch nehmen, jedoch schon 2020 deutliche Veränderungen erforderlich sein werden.

In diesem Sinn begrüßt die Arbeiterkammer, dass bei der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“ zum Ausdruck gebracht wurde, welchen Anforderungen die einzelnen BürgerInnen, die Politik und die Wirtschaft gegenüberstehen. Das bedeutet nicht, dass die Arbeiterkammer im Einzelnen jede der Empfehlungen teilt.

Bezüglich der Handlungsempfehlungen für die Einzelne/den Einzelnen hält die Arbeiterkammer fest, dass sie die Konsumgewohnheiten für einen bedeutenden Faktor beim Energieverbrauch hält. Daher unterstützt sie die Information der KonsumentInnen, die in mehreren Empfehlungen im Kommuniqué verlangt wird, und nimmt diese Verantwortung auch selbst breit wahr. Im Bereich der Mobilität spricht sich die AK – im Einklang mit der BürgerInnenkonferenz – klar für eine Förderung und Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs aus. Bei der Energieberatung für Haushalte fordert die AK – im Gegensatz zur BürgerInnenkonferenz –, dass die Erstberatung für die Haushalte kostenlos erfolgen sollte. Auch einem Kostenbeitrag der Einzelnen zu regionalen Energiekonzepten steht die AK skeptisch gegenüber.

Unter den Handlungsempfehlungen für die politischen Entscheidungsträger begrüßt die AK zunächst das Prinzip der Kostenwahrheit. Freilich reicht hier nicht nur die Bewusstmachung allein, es sind auch – beispielsweise bezüglich der Kosten des Straßengüterverkehrs – Entscheidungen zu treffen, die eine gerechte Kostenanlastung bewirken. Der Empfehlung eines „Energieversorgungsplans“ wird durch die „Energiestrategie Österreich“ entsprochen, die gerade erarbeitet wird. Die Bedeutung der Raumplanung sowie ambitionierter Standards im Bereich der Bauordnung hat auch die AK immer wieder hervorgehoben. Ebenfalls seit längerem von der AK unterstützt wird die Forderung nach einer Erhöhung der Mittel für Forschung und Technologieentwicklung im energie- und klimapolitischen Bereich. Hingegen teilt die AK nicht den Vorschlag, dass die Öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos genutzt werden sollen; hier bedarf es vor allem einer Verbesserung und Ausweitung des Angebots. Auch dem Contracting im privaten Bereich steht die AK skeptisch gegenüber, da sie die Gefahr sieht, dass damit nur einfach zu realisierende Schritte gesetzt werden – umfassende Beratungsprogramme dürften hier der langfristig effektivere Weg sein.

Ressourcen im Risiko:dialog – Anhang 3

Hinsichtlich der Empfehlungen für die Wirtschaft geht die AK grundsätzlich davon aus, dass die Logik der Gewinnmaximierung dem freiwilligen Handeln der Unternehmen enge Grenzen setzt. Daher werden viele Umweltschutzmaßnahmen von Betrieben nur gesetzt, wenn sie entweder gesetzlich vorgeschrieben werden oder mittels Förderungen unterstützt werden. Auch wird der Vorschlag hinsichtlich der Staffelung der Strompreise insofern kritisch gesehen, als dadurch die bestehende mangelnde Transparenz bei Strompreisen noch verstärkt werden würde. Die AK unterstützt die Forderungen nach Kennzeichnung der Energieeffizienzklassen für Produkte, ist jedoch der Auffassung, dass dies einheitlich auf EU-Ebene zu regeln ist. Die Entwicklung energieeffizienter Produkte und allgemein die verstärkte Forschung im energie- und klimarelevanten Bereich ist durch vermehrte Forschungsförderung der öffentlichen Hand zu unterstützen. Die AK unterstützt die Forderung nach Energiekonzepten in den Betrieben als Voraussetzung für die Analyse und Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen. Dies ist durch Beratungsprogramme in den Unternehmen zu komplementieren.

Rückmeldung des Parlamentsklubs FPÖ zum Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“

Sehr geehrte Frau Mörtl!

Ich bedanke mich sehr herzlich für die Unterlagen und vor allem für das Gespräch.

Für mich zeigt dieser Prozess sehr klar, dass die Politik dem Engagement der Bürger hinten nach hinkt. Immer mehr Menschen sehen sich nach einer Zukunft abseits vom Verbrauch endlicher Ressourcen, abseits von der Abhängigkeit von Scheichs und Oligarchen und den Risiken der Nuklearennergie.

Ich bedanke mich sehr herzlich für dieses Projekt. Ich freue mich auf den Besuch im Umweltbundesamt. Ich schlage vor, dass wir uns nach den Budgetberatungen treffen. Meine Kollegin Mag. Fischer wird einen Termin vereinbaren.

Beste Grüße und frohe Ostern

Norbert Hofer
www.norberthofer.at

Rückmeldung des Parlamentsklubs BZÖ zum Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“

Sehr geehrte Frau Leigh,

Als verantwortliche Fachreferentin des BZÖ Parlamentsklubs darf ich Ihnen im Namen unseres Energiesprechers Mag. Widmann ein kurzes Feedback über das Treffen am 31.03 mitteilen. Zunächst darf ich Ihnen für das Arrangieren des für den Abgeordneten Mag. Widmann sehr informativen Gesprächs danken.

Anfang Juni wird das BZÖ eine mehrtägige Klausur zum Thema Energie veranstalten. Im Zuge der Vorbereitungen und Konzeptentwicklung möchte der Abgeordnete Widmann einige Empfehlungen und Anregungen, die im Zuge des Treffens thematisiert wurden, aufgreifen. Über eine weitere Zusammenarbeit bzw. Informationsaustausch würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Martina Frank

Mag. Martina Frank
Fachreferentin für Umwelt, Kultur
Rechnungshof, Gleichbehandlung,
Konsumentenschutz, Volksanwaltschaft

Parlamentsklub des BZÖ, 1017 Wien

Tel: +43 (1) 40110 5672

 +43 664 832 833 2

Fax: +43 (1) 40110 5901

Mail: martina.frank@parlament.gv.at

Rückmeldung einer Umweltanwältin zum Kommuniqué der BürgerInnenkonferenz „Risiko Energiegesellschaft“

Sehr geehrte Frau Mag. Enzinger!

Zunächst einmal herzlichen Dank für diese Initiative! Ich glaube, dass der wesentliche Punkt die Empfehlungen für den Einzelne/die Einzelne sind. Die Empfehlungen, die sich an Politik und Wirtschaft richten, sind zwar sehr richtig und wichtig, aber doch recht allgemein. Ich glaube nämlich, dass die Gemeinschaft aller Bürger und Bürgerinnen die eigentliche Macht hätte, Veränderungen zu bewirken. Die Politik reagiert nun einmal nur dann, wenn gesellschaftliche Wünsche mit Vehemenz an sie herangetragen werden. Die Wirtschaft reagiert - wenn überhaupt - nur auf das (geänderte) Konsumverhalten.

Ich bin daher überzeugt, dass vor allem die Empfehlungen, die die Möglichkeiten jedes Bürgers/jeder Bürgerin betreffen, intensiv kommuniziert werden müssen und mache das gerne im Rahmen meiner Möglichkeiten.

Ich darf die Frage anknüpfen, wie/ob dieser Dialog weitergeht?

mfg
Pöllinger Ute
Umweltanwältin

ANHANG 4

Vom Planungs- und Begleitgruppenpartner ÖKOBÜRO erarbeitete Liste der ExpertInnen aus den Bereichen Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und NGO, die sich vorab bereit erklären hatten, Fragen der BürgerInnen zu beantworten.

Liste aller ExpertInnen aus den Bereichen Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und NGO für die Beantwortung der Fragen der BürgerInnen

Alexander	Bachler	Landeskammer Österreich, Forst- und Holzwirtschaft, Energie
Fritz	Binder-Krieglstein	Renewable Energies Consulting
Walter	Böhme	OMV AG
Renate	Brandner-Weiß	Energieagentur der Regionen
Günther	Brauner	TU Wien, Institut für Elektrische Anlagen und Energiewirtschaft
Anjy	Christanell	Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung
Harald	Frey	TU Wien, Institut für Verkehrswissenschaften
Helmut	Haberl	IFF, Institut für Soziale Ökologie
Maria	Hawle	Klimabündnis
Heinz	Högelsberger	GLOBAL 2000
Wolfgang	Jilek	Energiebeauftragter des Landes Steiermark
Gerfried	Jungmeier	Joanneum Research, Institut für Energieforschung
Tahir	Kapetanovic	e-control gmbh
Gunda	Kirchner	Austrian Energy Agency
Angela	Köppl	WIFO Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
Helga	Kromp-Kolb	Institut für Meteorologie, BOKU
Erwin	Mayer	
Cerveny	Michael	ÖGUT Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik
Andreas	Molin	Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung V/6
Christoph	Müller	Bundeskanzleramt Sektion IV/2 Umwelt & Verkehr
Kasimir	Nemestothy	Landeskammer Österreich, Forst- und Holzwirtschaft, Energie
Michael	Paula	BM für Verkehr, Innovation und Technologie, Abt. III/I 3 - Energie- und Umwelttechnologien
Wolfgang	Pekny	Plattform Footprint
Paul	Pfaffenbichler	TU Wien, Institut für Verkehrswissenschaften
Kurt	Pollak	OMV Future Energy Fund GmbH
Otmar	Schlager	Energieagentur der Regionen
Johannes	Stockinger	oekoplan, Energiedienstleistungen GmbH
Christoph	Streissler	Arbeiterkammer Wien, Abt. Umwelt & Verkehr
Dorothea	Sulzbacher	OMV Future Energy Fund GmbH
Wolfram	Tertschig	Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung II/3
Christian	Todem	Verbund Austrian Power Grids AG
Jurrien	Westerhof	Greenpeace CEE
Peter	Zellmann	Institut für Freizeit- und Tourismusforschung

ANHANG 5

Programmfolder Science Event „Risiko Energiegesellschaft“, Veranstaltung der Initiative Risiko:dialog im RadioKulturhaus am 28. Oktober 2008.



RADIO
ÖSTERREICH 1

umweltbundesamt[®]

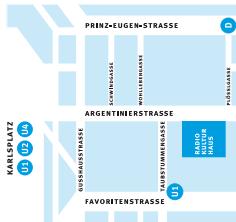
SCIENCE EVENT >
28. OKTOBER 2008



»KILO-MEGA-GIGA: WACHSENDER MARKT – STEIGENDER PREIS«
Energie kostet. Um Menschen eine bestimmte Menge an Erdöl, Strom, Wasser oder Nahrung bereit zu stellen, wird immer mehr aufgewendet. Selbst wenn unendlich viele Ressourcen für alle zugänglich wären, bleibt der Faktor Kosten. Kräftige Preisseigerungen bei Kraft- und Heizstoffen dominieren zunehmend die Nachrichten. Was treibt die Energiepreise? Wie hängen Nachfrage, Resourcenknappheit, weltweit wachsender Wohlstand und Spekulation zusammen? Sind hohe Energiepreise eine Chance für Klima und innovative effiziente Energie Nutzung? Oder drücken sie das Wirtschaftswachstum? Welche Herausforderungen hat die Energiegesellschaft zu bewältigen?

»RISIKO: VERANTWORTUNG«
Wer trägt Verantwortung für eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung, die neue Maßstäbe an den Umgang mit Energie anträgt? In welchem Ausmaß? Wer stellt die Menschen in Richtung nachhaltige Lebensführung? Steht das Streben nach Selbstverwirklichung und Wohlstand im Widerspruch zum Wohl einer globalen Gemeinschaft? Wo beginnt die Verantwortung des Individuums und wo sind die Grenzen? Braucht es gesellschaftlichen Konsens und wie kann dieser gelingen? Und welche Risiken bringt Verantwortung? Rechtliche Rahmenbedingungen, zivilgesellschaftliche Ansprüche und psychologische Hintergründe zum Risiko Verantwortung werden bei den Podiumsdiskussionen thematisiert.

SCIENCE EVENT RISIKO: DIALOG 28. Oktober 2008, Beginn: 16.00 Uhr
VERANSTALTUNGSORT ORF Radiokulturhaus, Großer Sendesaal, Argentinierstraße 30a, 1040 Wien
VERANSTALTER Umweltbundesamt, Radio Österreich 1, Wissenschaftsredaktion
IN KOOPERATION MIT BOKU, Naturschutz Deutschland, Land Vorarlberg
Ö1 SERVICENUMMER (01) 59 170-371
INTERNET www.risikodialog.at
ANMELDUNG www.risikodialog.at/anmeldung anmeldung@risikodialog.at
EINTRITT FREI Um Anmeldung wird gebeten.



UM WELT RISIKO & MENSCH ENERGIE- GESELLSCHAFT

Risiko:dialog



umweltbundesamt[®]

partner der veranstaltung

radio österreich

Umweltbundesamt GmbH
Spittelauer Lände 5
1090 Wien/Österreich

Tel.: +43-(0)1-313 04
Fax: +43-(0)1-313 04/4500

office@umweltbundesamt.at
www.umweltbundesamt.at

Der Bericht bietet einen Überblick über die Aktivitäten innerhalb des Dialogschwerpunkts Ressourcen, der sich dem Thema „Risiko Energiegesellschaft“ widmete. Ziel war es, einen Beitrag mit gesellschaftlichem Fokus zu kompetenter Risikokultur zu leisten und darüber hinaus Bewusstsein zu schaffen und Austausch anzuregen.

Im Zuge einer BürgerInnenkonferenz im März 2009 sammelten 35 BürgerInnen in einem viertägigen gemeinsamen Lern-, Diskussions- und Abstimmungsprozess das Energie-Kommuniqué, das 45 Empfehlungen an die/den Einzelne/n, Wirtschaft und Politik zum Umgang mit Energie enthält. Das Energie-Kommuniqué wurde in Folge unterschiedlichen EntscheidungsträgerInnen präsentiert und damit wieder in eine allgemeine Diskussion zurückgespielt.

Der Dialogschwerpunkt wurde von der Initiative Risiko:dialog (Radio Österreich 1 und Umweltbundesamt) veranstaltet.